
I N L A N D

"Liebende Aufmerksamkeit": Fronleichnam als Fest des Alltags	2
Schönborn: Gebet für Politiker sinnvoll "und auch notwendig"	3
Sozialhilfegesetz in NÖ: "Christliche Werte am Verschwinden"	4
Expertin: Pauschalurteile gegen "die Politiker" sind ungerecht	5
Theologinnen: "Noch immer selbstbewusste junge Frauen in Kirche"	5
Vorarlberg: Vorbereitungen auf erstes Diözesanforum	6
Schulamtsleiterin Pinz: Schulen sind "Zukunftsorte" der Kirche	7
Jesuitenoberer Sosa in Wien: Venezuela braucht dringend "Regierung der Einheit"	7
Knapp 500 Österreicher waren 2018 im freiwilligen Auslandseinsatz	9
Neuer russisch-orthodoxer Bischof erstmals in Wien	10
Neues vatikanisches Frauenfußballteam kickt am Samstag in Wien	11
"Österreichischer Demenzpreis" erstmals vergeben	12

V A T I K A N & R O M

Papst fordert mehr Islamkenntnis in der katholischen Theologie	12
Christen in Rom gedachten ums Leben gekommener Flüchtlinge	13
Kardinal Parolin kritisiert Mafia-Unkultur in Kalabrien	14
Rom: Minister bekräftigt Aus für Populisten-Akademie in Abtei	14
Vatikan dementiert Gerüchte über Gesundheitszustand Benedikts	15

A U S L A N D

Kardinal: Weniger Aufklärungswille zu Attentaten in Sri Lanka	15
Kardinal Marx: Christen sollen Zeichen der Einheit sein	16
Marx bei Kirchentag: Kirchen müssen auf tiefere Weise von Gott sprechen	17
Ethik-Experte fordert globale Regeln für Künstliche Intelligenz	17
Deutschland: Kirchenvertreter verurteilen Politiker-Morddrohungen	18
Boycott gegen Beladung eines saudischen Schiffes in Genua	19
Habermas fordert Überwindung nationaler Egoismen	19
Britischer Kardinal wegen Umgangs mit Missbrauch in der Kritik	20
Ukraine: Innerorthodoxer Wirbel um Ehrenpatriarch Filaret	20
Montenegro: Präsident hofft auf Unabhängigkeit der Landeskirche	21
Bolsonaros Kampf um Indigenengebiete geht in neue Runde	22

K U L T U R & M E D I E N

Papst mahnt Jugendliche zum Kampf gegen Cyber-Mobbing	23
Neuer Abt von Stift Schlägl feiert am Sonntag die ORF-Radiomesse	23

I N L A N D

"Liebende Aufmerksamkeit": Fronleichnam als Fest des Alltags

Wiener Erzbischof ruft bei Fronleichnamprozession durch Wiener Innenstadt erneut zu "fairem Wahlkampf ohne Fouls" auf - Scheuer: Fronleichnam lehrt Heiligung des Alltags - Krautwaschl und Guggenberger: Fronleichnam lehrt wache Wahrnehmung der Wirklichkeit

Wien, 20.06.2019 (KAP) Die österreichischen Bischöfe haben bei ihren Predigten zu Fronleichnam den umfassenden, auch gesellschaftlichen Wert des Festes zur Heiligung des Alltags betont. So hat der Wiener Erzbischof, Kardinal Christoph Schönborn, bei einer Ansprache bei der traditionellen Fronleichnamprozession am Michaelerplatz in der Wiener Innenstadt unterstrichen, dass die Konzentration auf die Eucharistie zugleich eine "liebende Aufmerksamkeit" lehrt, mit der man auch dem Mitmenschen begegnen sollte. Nicht zuletzt durch die überbordende Nutzung digitaler Medien komme es zu einer "immer größeren Zerstreuung", die einen "klaren Blick auf die Realität" verhindere. Ein solcher Blick, der den Mitmenschen in den Mittelpunkt rückt, sei nur durch Einübung und Konzentration möglich.

Einmal mehr hat Kardinal Schönborn im Rahmen seiner Ansprache auch zu einem "fairen Wahlkampf ohne Fouls" aufgerufen: Weder im Sport noch in der Familie oder in der Politik sollte das "Foul" einen Platz haben - vielmehr solle "Fairness" die Grundlage von allem sein, appellierte der Wiener Erzbischof an Vertreter von Politik und Gesellschaft. "Auch der politische Gegner ist ein Mensch, ein Du mit einer Geschichte, mit Wunden und Gaben", erinnerte Schönborn weiter. Daher sei es geboten, diesem mit Achtung entgegenzutreten.

Mit ähnlichen Worten hatte sich Schönborn bereits tags zuvor in einem Interview mit "Kathpress" zum Abschluss der Sommervollversammlung der Bischofskonferenz in Mariazell zu Wort gemeldet und auf einen fairen Wahlkampf "ohne Fouls und Fake-News und hoffentlich in einer behutsamen Sprache" gedrängt. In einer Presseerklärung zum Abschluss der Sommervollversammlung hatten die Bischöfe außerdem festgehalten: "Wer den politischen Gegner zum Feind stilisiert, wer die Regeln des fairen Wettstreits bricht und zu verwerflichen Mitteln der Manipulation und Täuschung greift, gefährdet nicht nur die nach einer Wahl wieder nötige politische Kooperation im Dienst des Gemeinwohls." Auf dem

Spiel stehe letztlich die Glaubwürdigkeit von Politik insgesamt.

Besorgt zeigte sich Schönborn bei seiner Ansprache am Wiener Michaelerplatz außerdem über die Folgen der intensiven Nutzung digitaler Medien: "Wir sind kaum mehr in der Lage, uns zu sammeln, weil wir ständig zerstreut werden, vor allem durch die digitalen Medien", so der Kardinal. In der U-Bahn würden Menschen nurmehr auf ihre Smartphones blicken und kaum mehr miteinander reden. Insofern seien digitale Medien geradezu "eine Krankheit" mit unabsehbaren auch gesellschaftlichen Folgen.

An der Prozession hatten u.a. der neue Nuntius in Wien, Erzbischof Pedro Lopez Quintana, der vormalige Kanzleramtsminister Gernot Blümel, der EU-Abgeordnete Lukas Mandl sowie der Vorsteher des 1. Wiener Bezirkes, Markus Figl, teilgenommen. Die Route führte im Anschluss an einen Festgottesdienst im Stephansdom zunächst über die Kärntnerstraße, vorbei an der Augustiner- und der Josefskirche zum Michaelerplatz. Von dort ging es weiter über den Kohlmarkt zur Peterskirche und wieder zum Stephansdom, wo die Prozession schließlich gegen Mittag endete.

Fronleichnam lehrt Heiligung des Alltags

Wenn zu Fronleichnam die Eucharistie - das Geheimnis von Leib und Blut Jesu Christi - in den Mittelpunkt gerückt werden, so meint das weder einen "Totenkult" noch eine "Heldenfeier", vielmehr lehrt dieser Feiertag, den Alltag mit all seinen Mühen und seiner Durchschnittlichkeit zu heiligen: Das hat der Linzer Diözesanbischof Manfred Scheuer in seiner Predigt am gestrigen Fronleichnamstag betont. In dem Maße, wie Fronleichnam den Blick auf das Brot lenke, lenke das Fest den Blick auf "die ganze Mühe, den Schweiß der menschlichen Arbeit" und den Alltag - "das tägliche gemeinsame Essen, das Mahl-Halten". All dies stecke "im Brot, das Jesus nimmt", so

Scheuer. "Mit der Eucharistie heiligt Jesus den Alltag" in all seiner unscheinbaren Gewöhnlichkeit.

Auf der anderen Seite sei heute vielfach in Vergessenheit geraten, dass das Brot stets als "heilig" galt - über Generationen wurde es nicht nur etwa vor dem Anschnitt gesegnet, sondern auch mehr als Gabe denn als bloßes Konsummittel betrachtet, so Scheuer. Indem in der Liturgie die Gaben von Brot und Wein als Frucht der Erde gefeiert werden, komme damit außerdem die Schöpfung und ihre weltweite Bedrohung in den Blick: "Die berechtigten Sorgen wegen des ökologischen Zustands, in dem sich die Schöpfung in vielen Teilen der Erde befindet, kann Trost schöpfen aus der Perspektive der christlichen Hoffnung, die uns verpflichtet, verantwortlich für die Bewahrung der Schöpfung zu arbeiten."

Fest lehrt Wahrnehmung der Wirklichkeit

Auf den umfassenden und den Blick weitenden Charakter des Fronleichnamfestes haben auch

der Grazer Diözesanbischof Wilhelm Krautwaschl und der Kärntner Diözesanadministrator Engelbert Guggenberger hingewiesen: Christus als "Quelle des Lebens" zu bekennen bedeute, die Wirklichkeit in ihrer ganzen Vielfalt - "in Freud und Leid, in Hoffnungen und Sorgen der Menschen von heute, vor allem der Armen und Bedrängten" - wahrzunehmen, so Bischof Krautwaschl.

Der Kärntner Diözesanadministrator Guggenberger betonte indes bei einer Fronleichnamsfestfeier der Klagenfurter Stadtpfarren am Klagenfurter Domplatz mit anschließender Prozession vom Klagenfurter Dom zur Stadthauptpfarrkirche St. Egid, dass die Prozession mit der Monstranz ein Symbol dafür sei, dass es "noch eine andere Wirklichkeit gibt, als diejenige, die man sehen, messen oder auch manipulieren kann". Das Bekenntnis zu diesem "mehr" sei zugleich ein Protest gegen die Verzweckung und Instrumentalisierung menschlichen Lebens, so Guggenberger.

Schönborn: Gebet für Politiker sinnvoll "und auch notwendig"

Kardinal in "Heute"-Kolumne: Viel mehr Menschen beten als angenommen

Wien, 21.06.2019 (KAP) "Viel mehr Menschen beten, als wir im Allgemeinen annehmen": Darauf wies Kardinal Christoph Schönborn in seiner Freitags-Kolumne für die Gratiszeitung "Heute" (21. Juni) hin und nannte unbewusste sowie ausdrückliche Gebete etwa angesichts von Problemen. "Und sicher beten wir für andere", schrieb Schönborn: "Eltern für die Kinder, für Kranke um Genesung (das habe ich selber dankbar erfahren)." Auch das Gebet für jene, die uns regieren, gehöre in diese Kategorie. "Es muss nicht gleich so spektakulär sein wie am letzten Sonntag in der Stadthalle", nahm der Kardinal Bezug auf die eine "riesige Debatte" auslösende freikirchliche "Awakening"-Veranstaltung. Nachsatz: "Ich halte es aber für sinnvoll und eigentlich auch für notwendig."

Zum spontanen Gebet des freikirchlichen Pastors für den "davon offensichtlich überrasch-

ten" Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz erklärte Schönborn, er wolle nicht auch noch seine Meinung zu den vielen Wortmeldungen dazulegen. Ihn interessierten vielmehr die durch diesen Anlass als Nachdenk-Anstoß dienende Fragen wie: "Wie halten wir's mit dem Gebet? Beten wir überhaupt? Wenn ja wann, wo, wie? Und wozu?"

Bereits zum Abschluss der Sommervollversammlung der Bischofskonferenz am Mittwoch in Mariazell hatte der Kardinal betont, dass das Gebet für politisch Verantwortliche zum Grundbestand der christlichen Lehre gehöre. "Und das machen wir jeden Sonntag", so Schönborn: "Was sollen wir denn auch sonst machen, als dass wir für Politiker um Weisheit, Klugheit, Augenmaß und Gottes Segen beten?" Das habe er etwa auch bei der neuen Regierung so gehandelt, sagte Schönborn.

Sozialhilfegesetz in NÖ: "Christliche Werte am Verschwinden"

Katholische Aktion der Erzdiözese Wien übt scharfe Kritik an Sozialpolitik in "Bundesland, das früher einmal als ein Herz des christlichen Österreichs gegolten hat"

Wien, 21.06.2019 (KAP) Christliche Werte in Niederösterreich seien "am Verschwinden": Mit scharfer Kritik und "großem Entsetzen" hat die Katholische Aktion (KA) Wien am Freitag auf das im niederösterreichischen Landtag beschlossene Sozialhilfegesetz reagiert. Walter Rijs, Präsident der KA der Erzdiözese Wien (zu der große Teile Niederösterreichs gehören) reagierte mit Unverständnis darauf, "wie in einem Bundesland, das früher einmal als ein Herz des christlichen Österreichs gegolten hat, nun ein derart hartherziges Gesetz beschlossen werden kann". Es verschärfe den Druck auf sozial Schwache und erhöhe das Armutsrisiko kinderreicher, vielfach ausländischer Familien, kritisierte Rijs in einer Presseaussendung.

"Wenn wir armutsgefährdeten Kindern heute nicht ausreichend Unterstützung geben, schaffen wir uns damit in Folge viele Probleme bei den Jugendlichen der nächsten Generation", warnte der Wiener KA-Präsident. Besonders ärgerlich findet er es, dass die beschlussfassende damalige Bundesregierung "bei einem sowieso schon sehr bedenklichen neuen Sozialhilfegesetz" den Bundesländern noch Spielraum gebe und die ÖVP-FPÖ-Koalition in Niederösterreich "es schafft, diesen noch nicht einmal in Ansätzen auszunützen". Somit würden in kinderreichen Familien dem dritten Kind nur 44,27 Euro Sozialhilfe zur Deckung des gesamten Lebensbedarfs gewährt.

Schon beim Konflikt um die Flüchtlingsunterkünfte und besonders um das von der Caritas geführte Haus St. Gabriel sei deutlich geworden, "dass die Bedürfnisse benachteiligter Menschen immer weniger berücksichtigt werden", erinnerte Rijs. Damals habe es für die ÖVP noch die "Ausrede" gegeben, die Zuständigkeit dafür liege beim FPÖ-Landesrat Gottfried Waldhäusl. "Nun muss ich aber mit Bedauern feststellen, dass hier alle ÖVP-Abgeordneten in vollem Bewusstsein für diese unsolidarische Sozialhilferegulation gestimmt haben", wies der KA-Präsident hin.

Christliche Politik dient zuerst Armen

Er sehe es als Aufgabe der Katholischen Aktion, "wieder mehr Stimmung für die christlichen Werte zu machen". Christliche Politik bedeute zuallererst Augenmerk auf die Schwächsten der Gesellschaft. "Wir sind es unserem christlichem Gewissen schuldig, dass wir diese Sorgen und Nöte - unabhängig von der Herkunft der Menschen - zuerst sehen und sie so weit wie möglich lindern", betonte Rijs. Davon sei beim neuen NÖ-Sozialhilfegesetz "nichts zu sehen".

Wie Rijs hinzufügte, habe er "dieses dauernde Gejammer über den Verlust christlicher Kultur und Werte durch die Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen wirklich satt". Das Beispiel Niederösterreichs zeige, dass die größten Feinde christlicher Werte Einheimische seien. "Wir zerstören sie mit einer neoliberalen Politik, die ihresgleichen sucht", empörte sich Rijs. Seinem Eindruck nach machte die rot-grüne Regierung in Wien inzwischen eine "christlichere Sozialpolitik" als das jahrzehntelang von der ÖVP geprägte Niederösterreich.

Niederösterreich nutzt Frist nicht aus

Mit türkis-blauer Mehrheit hatte der Nationalrat im vergangenen April im Nationalrat ein neues Sozialhilfe-Grundgesetz verabschiedet, das die frühere bedarfsorientierte Mindestsicherung ersetzt. Mit 1. Juni trat die neue Sozialhilfe bundesweit in Kraft. Für die landesrechtliche Umsetzung haben die Bundesländer bis Anfang 2020 Zeit. In Niederösterreich kam es bereits jetzt zu einem entsprechenden Beschluss im Landtag mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ und gegen die Stimmen aller anderen Parteien. Laut Kritikern - auch aus den Reihen der Kirchen - verschärft die neue Regelung den Druck auf sozial Schwache und erhöht das Armutsrisiko kinderreicher, vielfach ausländischer Familien.

Expertin: Pauschalurteile gegen "die Politiker" sind ungerecht

Politikwissenschaftlerin Stainer-Hämmerle in Kirchenzeitungs-Interview: Es gibt 98 Prozent integre Politiker "und 80 Prozent, die auch gut arbeiten" - Mündige Bürger gefragt

Salzburg, 21.06.2019 (KAP) Die Politikwissenschaftlerin Kathrin Stainer-Hämmerle hat Politiker vor Pauschalverurteilungen in Sachen Anständigkeit in Schutz genommen. Obwohl es ein Skandal-Video wie jenes mit FPÖ-Spitzenpolitikern auf Ibiza noch nie gab, herrsche in der Bevölkerung eine Pauschalverurteilung von Verantwortungsträgern im Sinne von "andere machen das ja auch" - zu Unrecht, wie die Politologin in einem aktuellen Interview mit der Kooperationsredaktion österreichischer Kirchenzeitungen erklärte. Ihrer Einschätzung nach gibt es 98 Prozent integre Politiker "und 80 Prozent, die auch gut arbeiten - aber in der Zeitung stehen nur die zwei Prozent der Nicht-Musterbeispiele", so die Expertin.

Die Medien würden somit zu dieser Generalisierung viel beitragen, weil sie sich als Aufdecker der schwarzen Schafe sehen, sagte die an der Fachhochschule Kärnten lehrende Wissenschaftlerin. Aber wenn Medienkonsumenten nur noch von Missständen lesen würden, bekämen sie das Gefühl: Politiker sind ohnehin alle korrupt und abgehoben.

Mit dem Muster "immer auf andere zeigen" kombiniert mit einem "Jetzt erst recht"-Kurs würden "gewisse Parteien für sich noch mobilisieren können", sagte Stainer-Hämmerle. "Das ist erstaunlich und zeigt schon einen Verfall der moralischen Anforderungen an Politik." Um in die

Politik Glaubwürdigkeit wiederzugewinnen, müssten deren Vertreter in Bezug auf transparente Finanzierung oder ehrliche Kommunikation in die Pflicht genommen werden. Zudem könnten sie Verantwortung zeigen, wenn es Verfehlungen oder Schief lagen in der eigenen Partei gibt, riet die Forscherin.

Kritik an Demokratie-"Konsumenten"

Aber auch die Bürgerinnen und Bürger seien gefordert: Stainer-Hämmerle beobachtet eine "zunehmende Konsumentenhaltung auch in der Politik, die sich darauf reduziert, einen Schuldigen zu finden". Solche Demokratie-"Konsumenten" müssten dann nicht viel mehr tun als "abwählen, neu wählen oder bezichtigen". Die Politikwissenschaftlerin sprach sich für vielfältige Formen der Bürgerbeteiligung und auch für politische Bildung aus, um dem entgegenzuwirken.

Konkret schlug Stainer-Hämmerle vor, die Bürger in Gestaltungsprozesse vor Ort einzubeziehen und mehr Mitbestimmung in Form von Abstimmungen zuzulassen; man könnte sie ins Rathaus einladen oder auffordern, im Gasthaus eine Diskussion zu organisieren; Jugendliche oder einzelne Gruppen sollten mehr gefördert werden, selber etwas zu gestalten, indem man ihnen ein kleines Budget zugesteht. "Ich glaube, das wäre viel wichtiger, als nur bei Wahlen alle fünf Jahre ein Kreuz zu machen."

Theologinnen: "Noch immer selbstbewusste junge Frauen in Kirche"

Plädoyer auf "feinschwarz.net": Auch wenn Gleichaltrige an "Modellform einer überholten patriarchalen Struktur" Anstoß nehmen, wollen Protagonistinnen der Initiative "50 Tage 50 Frauen" in katholischer Kirche bleiben und diese in Richtung Gleichberechtigung verändern

Wien-Innsbruck, 21.06.2019 (KAP) "Es gibt uns noch: Junge Frauen, die sich in der Kirche engagieren": So lapidar haben die beiden in Einrichtungen der Diözese Innsbruck mitarbeitenden Theologinnen Bernadette Embach und Maria Rhomberg betont, dass sich feministisches und kirchliches Engagement nicht ausschließen. Ihren am Freitag veröffentlichten Artikel auf der Theologie-Plattform "feinschwarz.net" richteten sie auch an jene Gleichaltrigen und Jüngeren, für die

die katholische Kirche "als Modellform einer überholten patriarchalen Struktur" gilt und Engagement darin als kurios. Rhomberg und Embach halten dem ihre in vieler Hinsicht positiv prägenden Erfahrungen in der Kirche entgegen und bekennen sich zu der Trias "bleiben, erheben, wandeln" im Rahmen der von ihnen mitgegründeten gleichnamigen Blog-Fraueninitiative.

Bernadette Embach, Fachreferentin im Frauenreferat der Diözese Innsbruck, und Maria

Rhomberg, theologische Referentin der Katholischen Jugend, verweisen trotz eines weithin gewandelten Bewusstseins beim Thema Gleichberechtigung auf nach wie vor bestehenden "Gender pay gap" und die Ungleichheit bei Führungs- und Machtpositionen. Innerhalb der Kirche würden diese Mechanismen noch verstärkt durch "einseitige Rollenzuweisungen an die jeweiligen Geschlechter" und die "systemimmanente Zuteilung von Macht an zölibatär lebende Männer".

Gleichstellung fußt auf Evangelium

Die Vision von Gleichstellung fußt für die beiden Tiroler Theologinnen nicht nur auf einem pauschal aufklärerischen Ideal, "sie ist auch und vor allem genuin in der christlichen Botschaft angelegt". Deshalb "wünschen und fordern" Embach und Rhomberg eine Kirche, "die diese Botschaft ernst nimmt und sich auf sie stützt, sich auf ihre Vorbildwirkung rückbesinnt und eine echte Wandlung vollzieht". Den Feminismus verstehen sie dabei als ein Werkzeug, um ein besseres Zusammenleben für alle Geschlechter zu erzielen.

Embach und Rhomberg schreiben von einem "Paradoxon": "Wir bekennen uns zu einer Gemeinschaft, die uns gleichzeitig jedoch in unseren Rechten und Entfaltungsmöglichkeiten beschneidet." Viele andere hätten sich deshalb von der Kirche bereits abgewandt, "die Spaltung in der Kirche ist dadurch längst schon da". Wieso sie selbst bleiben, begründen die Autorinnen damit, dass "uns genau diese Kirche auf vielen Ebenen gefördert und bereichert" habe, dass sie "miteinander und füreinander in gleicher Würde Verantwortung übernehmen" durften und prägende Erfahrungen von Gemeinschaft und gelebter Spiritualität hatten. "Es ist also diese Vision des Zusammenlebens, die uns die Kirche geschenkt hat, die wir nicht aufgeben wollen."

Durch Vernetzung, kritische Auseinandersetzung, Aktionen, öffentlichen Wortmeldungen u.a. wollen Embach und Rhomberg konkrete

Schritte setzen, um zu mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Kirche beizutragen. Dabei gelte es auch "gängige Totschlagargumente" auszuhalten wie "Jesus hat nur Männer zu Aposteln berufen" oder "Die Fixierung der Frauen auf die Ämter ist falsch", die von der Theologie längst beantwortet worden seien.

Wunsch nach Wandel ist international

Die von Aktion Embach und Rhomberg gemeinsam mit anderen jungen Innsbrucker Theologinnen initiierte Aktion "50 Tage 50 Frauen" mit ihrem Slogan "bleiben erheben wandeln" stehe im Kontext vieler weiterer Initiativen. "Vor allem die Erschütterungen über die kirchlichen Missbrauchsfälle und die alltäglichen Erfahrungen von Sexismus in der Kirche" hätten zu Kampagnen von Frauen und Männern aller Generationen geführt: Embach und Rhomberg nennen "Overcoming Silence" (international), "Donne per la Chiesa" (Italien), "Gebet am Donnerstag" (Schweiz), "Maria 2.0" (Deutschland), weitere Online-Petitionen oder auch Einzelpersonen wie die junge Schweizer Theologin Jacqueline Straub, "die laut und deutlich von ihrer Berufung (zur katholischen Priesterin, Anm.) spricht".

Die Beiträge jener 50 Frauen aus dem deutschsprachigen Raum, die sich an den 50 Tagen von Ostern bis Pfingsten für die Gleichstellung von Frauen in der katholischen Kirche stark machten, sind auf der Website <https://bleibenerhebenwandeln.wordpress.com> abrufbar. Beiträge verfassten u.a. Magdalena Holztrattner, die Leiterin der Katholischen Sozialakademie, Anna Findl-Ludescher, die geschäftsführende Vorsitzende des Österreichischen Pastoralinstituts, die Theologieprofessorinnen Angelika Walser (Salzburg), Irmtraud Fischer (Graz) und Regina Polak (Wien) sowie die Generalsekretärinnen der Vereinigung der Frauenorden sowie der Katholischen Frauenbewegung, Sr. Cordis Feuerstein bzw. Regina Augustin.

Vorarlberg: Vorbereitungen auf erstes Diözesanforum

Am 11./12. Oktober kommen in Dornbirn Mitarbeiter aus allen Pfarren der Diözese Feldkirch zum Austausch, Diskutieren und Erarbeiten neuer kirchlicher Angebote zusammen - Impulse u.a. von Autorin und Ordensfrau Melanie Wolfers und Sant'Egidio-Generalsekretär Zucconi

Feldkirch, 21.06.2019 (KAP) In der Diözese Feldkirch laufen die Vorbereitungen für ein erstes Diözesanforum im kommenden Herbst. Am 11. und

12. Oktober treffen in Dornbirn kirchliche Mitarbeiter - Ehrenamtliche, Hauptamtliche und Priester - aus allen Vorarlberger Pfarren zusammen,

um gemeinsam neue Schritte in den Pfarren zu setzen. Bereits 2010 hat die Diözese Feldkirch mit den sogenannten "Wegen der Pfarrgemeinden" einen Antwortversuch auf die vielen Veränderungen in Kirche und Gesellschaft vorgeschlagen. Das nunmehrige Forum schließt daran an. "Das Diözesanforum soll uns Mut machen, nach vorne zu schauen und Neues zu entdecken", so Bischof Benno Elbs im "Vorarlberger KirchenBlatt".

Darüber hinaus soll die Veranstaltung laut Pastoralamtsleiter Martin Fenkart dazu inspirieren, "weiterhin gemeinsam voll Freude und Gottvertrauen Hand anzulegen im Dienst an den Menschen". Und: "Es sind zwei Tage des Gebetes, des Zuhörens, der Bestärkung, der Orientierung", so Fenkart.

Das Forum steht unter dem Motto "Plan.Los!". Es soll festgestellt werden, "für wen wir heute als Pfarre bzw. Kirche da sind und welche unterschiedlichen Ansprüche, Wünsche und Anliegen die Katholiken haben", erklärt Projekt-

koordinatorin Manuela Gangl. "Danach kann ein Plan gemacht und losgelegt werden."

Als Referenten werden u.a. die Theologin, Autorin und Ordensfrau Melanie Wolfers, der Generalsekretär der Gemeinschaft Sant'Egidio, Cesare Zucconi, und der deutsche Priester und Gemeidentwicklungsexperte Christian Henneke erwartet.

Anhand von Vorträgen, Workshops und Diskussionen sowie kreativen Impulsen werden sich die Teilnehmer mit zahlreichen Fragen auseinandersetzen. Etwa: Ist Glaube heute noch relevant und was tun wir dafür, dass er es bleibt oder wird? Für wen ist die Kirche da? Was macht eine Pfarre zu einem Ort, an dem man gerne ist? Was suchen die Menschen in der heutigen Zeit? Wie soll die Kirche von morgen aussehen? Für junge Menschen findet der erste "Pasta Talk", eine Dialog- und Startup-Initiative, statt. (Infos: www.plan-los.at)

Schulamtsleiterin Pinz: Schulen sind "Zukunftsorte" der Kirche

Über 600 Teilnehmende und Generalvikar Krasa an erstem Mitarbeitergottesdienst der katholischen Privatschulen der Schuöstiftung der Erzdiözese Wien

Wien, 21.06.2019 (KAP) Schulen sind die "Zukunftsorte" der Kirche: So bezeichnete die Schulamtsleiterin der Erzdiözese Wien, Andrea Pinz, den Tätigkeitsbereich der mehr als 600 Teilnehmenden am ersten Mitarbeitergottesdienst der 23 katholischen Privatschulen und Privatkindergärten der Schulstiftung der Erzdiözese Wien. Die Messe im Stephansdom leitete der Wiener Generalvikar Nikolaus Krasa. Als gemeinsame Aufgabe aller schulischen Mitarbeiter nannte Pinz, "das Evangelium lebendig werden zu lassen".

Sichtbar werde dieser Sendungsauftrag im neuen Schuljahr 2019/20 darin, dass ein Evangeliar, das anlässlich der 4. Diözesanversammlung der Erzdiözese Wien aufgelegt wurde, von einem Schulstandort zum nächsten wandern

werde. Die dortigen Mitarbeiter könnten als persönliches Bekenntnis ihren Namen auf eine Seite des Evangelienbuches schreiben. Nach dem Gottesdienst wurden rund 80 Mitarbeiter aus den Privatschulen für ihre pädagogischen Verdienste geehrt.

Zum ersten Mitarbeitergottesdienst waren Lehrende und Verwaltung aller 23 Schulen und Kindergärten eingeladen, die direkt zur Schulstiftung der Erzdiözese Wien gehören. Insgesamt ist die Erzdiözese - zu der auch das Wein- und Industrieviertel Niederösterreichs gehören - für 124 von den 374 katholischen Privatschulen in Österreich zuständig; fast 30.000 Schüler besuchen sie.

Jesuit: Venezuela braucht dringend "Regierung der Einheit"

Weltweiter Jesuiten-Generaloberer Sosa auf Österreich-Besuch - Gebürtiger Venezolaner wünscht sich mehr Engagement der EU für sein Heimatland - Inhaltliche und strukturelle Neuausrichtung des Jesuitenordens hat auch Auswirkungen auf Österreich

Wien, 21.06.2019 (KAP) Venezuela braucht dringend eine "Regierung der nationalen Einheit", um

die gegenwärtige humanitäre, wirtschaftliche und politische Krise zu überwinden. Das hat der

Jesuiten-Generalobere Arturo Marcelino Sosa Abascal eingemahnt. Der weltweit höchste Jesuit stellte sich bei einem Pressegespräch am Freitag in Wien Fragen zu seinem Heimatland wie auch den internationalen Entwicklungen im Jesuitenorden. Die Jesuiten versuchten vor allem mit ihrem Netzwerk von rund 200 Schulen in Venezuela Nothilfe zu leisten, sagte Sosa. So würden die Schüler verköstigt "und bekommen so zumindest einmal am Tag eine warme Mahlzeit".

Das einst reiche Land leidet unter einer schweren Versorgungskrise. Aufgrund von Devisenmangel können kaum noch Lebensmittel, Medikamente und Dinge des täglichen Bedarfs eingeführt werden. Millionen Venezolaner sind bereits ins Ausland geflohen. Wenn nicht einmal die Grundbedürfnisse der Menschen mehr gestillt werden können, könne es keine Lösung für das Land geben, so P. Sosa. Der Jesuitenorden und die Venezolanische Bischofskonferenz würden im Einsatz für eine gerechtere und demokratischere Gesellschaft eine gemeinsame Linie vertreten.

Erst im Mai hatte die katholische Kirche nach heftigen Auseinandersetzungen die Sicherheitskräfte und die regierungsnahen paramilitärischen "Colectivos" aufgefordert, die Menschenrechte zu respektieren und die Gewalt gegen regierungskritische Demonstranten zu stoppen. In der seit Jahren herrschenden schweren politischen und humanitären Krise in Venezuela lieferten sich zuletzt der sozialistische Staatspräsident Nicolas Maduro und sein Herausforderer Juan Guaido einen erbitterten Machtkampf, wobei zahlreiche westliche Staaten, darunter Österreich, Guaido als Übergangspräsident anerkannt haben.

Wie P. Sosa sagte, brauche Venezuela dringend mehr internationale Unterstützung, wobei er auch auf noch mehr Unterstützung von Seiten der EU hoffe. - Erst am Mittwoch ist UNO-Menschenrechtskommissarin Michelle Bachelet zu einem mehrtägigen Besuch in dem südamerikanischen Krisenstaat eingetroffen.

Reformen und neue Schwerpunkte

Der weltweite Jesuiten-Generalobere Sosa ist von Freitag bis Sonntag in Österreich zu Gast. Am Samstagabend steht er in Wien um 17.30 Uhr einer Vesper in der Konzilsgedächtniskirche in Lainz vor, am Sonntag um 10.30 Uhr einer Messe in der Jesuitenkirche in der Innenstadt. Viele weitere Begegnungen und Gespräche stehen in diesen drei Tagen ebenfalls auf dem Programm. Der

letzte Besuch eines Jesuiten-Generaloberen in Österreich fand vor sechs Jahren statt. 2013 kam der damalige Generalobere P. Adolfo Nicolas anlässlich der 450 Jahr Feier der Jesuiten ins Land.

P. Sosa griff im Pressegespräch auch die Schwerpunkte der sogenannten "Universellen Apostolischen Anliegen der Gesellschaft Jesu" auf, nach denen sich die Ordensgemeinschaft für das nächste Jahrzehnt (2019-2029) ausrichten will. Dabei geht es erstens um die Förderung der Unterscheidung der Geister und spirituelle Exerzitien; zweitens um die besondere Zuwendung zu den Armen und Ausgeschlossenen, drittens um die Begleitung der jungen Menschen und viertens um die besondere Sorge "um das gemeinsame Haus", also die Erde. Papst Franziskus sei in die Erarbeitung dieser Grundsätze involviert gewesen bzw. würde diese auch voll und ganz unterstützen, sagte Sosa.

Damit diese Grundsätze nun auch verstärkt in die Praxis umgesetzt werden können, seien auch strukturelle Änderungen innerhalb des Ordens notwendig. Das betreffe auch die deutschsprachigen Länder Österreich, Deutschland und die Schweiz. Nicht zuletzt deshalb will sich der Jesuiten-Chef dieser Tage ein Bild von der Situation in Österreich machen. Der Prozess sei im Laufen, konkret angedachte Änderungen nannte Sosa noch nicht. Schon vor einiger Zeit hatte aber der Leiter der deutschen Provinz, P. Johannes Siebner, angekündigt, dass es künftig nur noch eine zentraleuropäische Provinz geben soll.

Orden kulturell immer vielfältiger

Die "Gesellschaft Jesu" ist der größte Orden in der katholischen Kirche, mit rund 19.000 Mitgliedern in 80 Provinzen weltweit. In den vergangenen zwei Jahrzehnten habe der Orden massive Veränderungen erlebt, schilderte Sosa. Inzwischen stellen Afrika und Asien mehr als 50 Prozent der Ordensmitglieder. "Wir Jesuiten sind viel multikultureller geworden. Das zeigt, dass der christliche Glaube in jeder Kultur gelebt werden kann." Freilich sei diese Entwicklung ordensintern im Hinblick auf die notwendige Einheit auch eine große Herausforderung, räumte Sosa ein.

Der Jesuiten-Generalobere bekräftigte im Pressegespräch auch einmal mehr das Anliegen, bei der Missbrauchsaufarbeitung bzw. -prävention noch größere Anstrengungen zu unternehmen. Man müsse bekennen, dass es unter den Tätern auch Mitglieder der "Gesellschaft Jesu" gebe. Im Jesuitenorden sei inzwischen ein klares

Regelwerk implementiert, wie bei Missbrauchsfällen vorzugehen sei, "wobei die Opfer immer an erster Stelle stehen".

In der Missbrauchsproblematik gehe es nicht um Einzelfälle, sondern um ein strukturelles Problem, und dieses beschränke sich nicht auf den sexuellen Missbrauch sondern umfasse genauso Formen des Machtmissbrauchs bzw. des geistlichen Missbrauchs. Innerhalb und außerhalb des Ordens brauche es einen fundamentalen kulturellen Wandel hin zu mehr Gerechtigkeit, so Sosa. Genauso notwendig sei auch eine neue Kultur der Versöhnung und des Verzeihens.

Schwerpunkte bei Amazonien-Synode

Im Blick auf die anstehende Amazonien-Synode im Oktober im Vatikan hob Sosa hervor, dass für die Jesuiten die Verteidigung der indigenen Völker und die Erhaltung deren Kultur sowie der Schutz der Amazonas-Region im Vordergrund stehen. Jesuiten seien seit Anfang an aktiv im kirchlichen Panamazonien-Netzwerk REPAM. Einige Jesuiten seien zudem federführend mit der Organisation der Synode betraut.

Auf Papst Franziskus angesprochen, der dem Jesuitenorden angehört, meinte Sosa, dass dieser in seiner Amtsausübung deutlich jesuitische Züge zeige. So sei die Freiheit zur Unterscheidung ein Kernelement der Spiritualität seines Ordens. Auch die besondere Nähe zur Person Jesu und eine soziale Sensibilität zählten zu charakteristischen Zügen der von Ignatius von Loyola (1491-1556) gegründeten Gesellschaft Jesu.

Nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) sei für die Jesuiten die Verbindung von Glaubensverkündigung und Kampf für soziale Gerechtigkeit sowie der Dialog mit den Kulturen und die Öffnung auf die Welt hin bestimmend geworden. Die treibe Papst Franziskus nach wie

vor ganz wesentlich an. Dazu kämen die Bemühungen, die synodale Verfasstheit der Kirche hervorzuheben als eine Gemeinschaft, an der alle teilhaben können und sollen.

Ordensmann und Politologe

Arturo Marcelino Sosa Abascal wurde 1948 in Venezuela geboren. Als Schüler einer Jesuitenschule lernte er den Orden früh kennen und trat im Alter von 17 Jahren in das Noviziat der Jesuiten ein. Nach den üblichen Studien von Philosophie und Theologie erwarb er ein Doktorat in Politikwissenschaften.

Nach seiner Priesterweihe 1977 wurde Sosa zum Verantwortlichen für das Sozialapostolat der Jesuiten in Venezuela ernannt. Gleichzeitig unterrichtete er an der Universidad Central de Venezuela und an der Universidad Catolica Andres Bello. Von 1996 bis 2004 war Pater Sosa Provinzial der Jesuiten in Venezuela.

2014 wurde er als Verantwortlicher für die Internationalen Häuser der Gesellschaft Jesu in Rom an die Generalskurie berufen. Als solcher nahm er an der 36. Generalskongregation teil. Diese wählte Sosa am 14. Oktober 2016 zum 31. Generaloberen des Jesuitenordens.

Die Gründung der "Gesellschaft Jesu" geht auf Ignatius von Loyola (1491-1556) zurück. Die päpstliche Bestätigung des Ordens erfolgte 1540 durch Papst Paul III. Neben den Evangelischen Räten - Armut, Ehelosigkeit und Gehorsam - verpflichten sich die Ordensangehörigen auch zu einem besonderen Gehorsam gegenüber dem Papst. Der Sitz der Ordensleitung ist in Rom.

Zur österreichischen Jesuitenprovinz gehören aktuell 60 Mitbrüder, von denen einzelne im Ausland leben und arbeiten. In Österreich wirken die Jesuiten vor allem an den vier Standorten in Wien, Graz, Linz und Innsbruck. (Info: www.jesuiten.at)

Knapp 500 Österreicher waren 2018 im freiwilligen Auslandseinsatz

Servicestelle "WeltWegWeiser" für internationale Freiwilligeneinsätze in den Bereichen Soziales, Entwicklungshilfe oder Menschenrechte meldet steigende Popularität von Volontariaten - Beliebteste Einsatzländer im Vorjahr Uganda, Ecuador und Kenia - Trend zu kürzeren Auslandsaufenthalten

Wien, 21.06.2019 (KAP) Exakt 475 Österreicher haben im vergangenen Jahr einen mindestens drei Monate langen freiwilligen Auslandseinsatz geleistet und sich dabei für Soziales, Entwicklungshilfe oder Menschenrechte engagiert. Das

geht aus dem neuen Jahresbericht 2018 der Servicestelle "WeltWegWeiser" für internationale Freiwilligeneinsätze hervor. In Summe wurden demnach 4.107 Einsatzmonate und 600.000 Stunden freiwilliges Engagement geleistet. Im Ver-

gleich zum Jahr davor stieg die Zahl der Volontärinnen und Volontäre um ein Fünftel an. Gleichzeitig gibt es einen Trend zu kürzeren Auslandsaufenthalten: Von 2015 auf 2018 ist die durchschnittliche Einsatzdauer von neun auf acht Monate leicht zurückgegangen.

Für die Statistik wertete die Servicestelle "WeltWegWeiser", die ein mit staatlichen Mitteln gefördertes Projekt des katholischen Hilfswerks "Jugend Eine Welt" ist, Rückmeldungen von 37 Entsendeorganisationen aus, darunter viele aus dem kirchlichen Bereich. Mehr als die Hälfte der Einsätze (56 Prozent) führten demnach nach Asien, Amerika, Afrika und Ozeanien. Die beliebtesten Einsatzländer waren - wie schon 2017 - Ecuador, Uganda Kenia und Indien. Am häufigsten arbeiten die Freiwilligen im pädagogischen und sozialen Bereich mit Kindern und Jugendlichen.

Für einen freiwilligen Auslandseinsatz entschieden sich Menschen im Alter von 17 bis 79 Jahren, wobei die Allermeisten (80 Prozent) zwischen 18 bis 25 Jahre alt sind. Eine deutliche Mehrheit der Freiwilligen sind Frauen (60 Prozent), 94 Prozent haben Matura oder einen Universitätsabschluss. Freiwillige mit Berufsausbildung oder Pflichtschulabschluss gibt es hingegen kaum.

Gelungen sei es die Anzahl der Freiwilligen mit Behinderungen von ein auf zwei Prozent zu erhöhen, strich die "WeltWegWeiser"-Servicestelle zur Präsentation des Jahresberichts hervor. Seit 2017 engagiert sich die Einrichtung gemeinsam mit "Jugend Eine Welt" und Entsende-

organisationen darum bessere Rahmenbedingungen für Freiwilligeneinsätze von Menschen mit Behinderungen zu schaffen. Der Einsatz wurde 2018 mit dem "Zero Project Award" ausgezeichnet.

Mit gemischten Gefühlen blicken die Verantwortlichen auf den Trend zu kürzeren Freiwilligeneinsätzen. So ist der Anteil der 10- bis 12-monatigen Einsätze von 2015 bis 2018 kontinuierlich von 49 auf 44 Prozent zurückgegangen, während 3- bis 5-monatige Einsätze von 27 auf 34 Prozent zugelegt haben. Je kürzer die Einsatzdauer, desto schwieriger sei es "passende und sinnvolle Aufgaben für die Freiwilligen zu finden", so "WeltWegWeiser"-Koordinator Bernhard Morawetz. Auch der kulturelle Austausch und das Kennenlernen des Einsatzlandes würden bei kürzeren Freiwilligeneinsätzen auf der Strecke bleiben. "Jugend Eine Welt"-Geschäftsführer Reinhard Heiserer vermerkt gleichzeitig, dass sich viele Freiwillige auch nach ihrem Auslandseinsatz in Österreich engagieren und "entwicklungspolitisch und sozial" aktiv bleiben.

Erfreut über die unter Jugendlichen steigende Popularität des Auslandsvolontariates äußerte sich auch Martin Ledolter, Geschäftsführer der "Austrian Development Agency" (ADA). Auslandseinsätze würden das Kennenlernen anderer "Kulturen und Sichtweisen" fördern und zu "einem weltweit solidarischen Handeln" befähigen, so der Leiter von Österreichs staatlicher Entwicklungshilfeagentur, die die Servicestelle "WeltWegWeiser" mit Fördergeldern unterstützt. (Info: www.weltwegweiser.at)

Neuer russisch-orthodoxer Bischof erstmals in Wien

Erzbischof Ioann feierte Gottesdienst in orthodoxer Nikolaus-Kathedrale

Wien, 20.06.2019 (KAP) Der neue russisch-orthodoxe Bischof für Österreich, Ioann (Roschtschin), hat am vergangenen Wochenende erstmals Wien besucht und ist mit den Klerikern und Gläubigen zusammengetroffen. In der Nikolauskathedrale feierte er am Sonntag einen feierlichen Gottesdienst. Dabei wurde insbesondere für den Frieden in der Ukraine und für die Einheit der Orthodoxen Kirche gebetet. Der Gottesdienst wurde in kirchenslawischer und deutscher Sprache abgehalten.

Metropolit Roschtschin war Ende Mai vom Synod der Russischen Orthodoxen Kirche

zum neuen Bischof der Diözesen Wien/Österreich sowie Budapest/Ungarn ernannt worden. Er folgt auf Erzbischof Antonij (Sevrjuk). Dieser wurde zum Leiter des Exarchats des Moskauer Patriarchats von Westeuropa mit dem Titel "von Korsun und Westeuropa" bestellt. Erzbischof Sevrjuk hat sich kurz vor der Ankunft seines Nachfolgers im Rahmen eines Gottesdienstes in Wien von den Gläubigen verabschiedet. Er dankte diesen für die Gemeinschaft während seiner Amtszeit (von Anfang 2018 bis jetzt).

Metropolit Roschtschin lernte bei seinem Wien-Besuch auch gleich die Aktivitäten des

Vereins "Weiße Blume" kennen, der am Sonntag sein traditionelles Wohltätigkeitsfest bei der Nikolauskathedrale veranstaltete. Dabei wurde u.a. traditionelle russische Handwerkskunst angeboten. Mit dem Reinerlös werden lebensrettende Operationen und weitere Behandlungen von Kindern in Österreich und Russland finanziert. Die Kinder stammen in der Regel aus Russland, Weißrussland oder der Ukraine.

Diplomatische Mission für Erzbischof Sevrjuk

Als Leiter des Exarchats des Moskauer Patriarchats von Westeuropa wird es künftig u.a. die Aufgabe von Erzbischof Sevrjuk sein, die schwierigen Verhandlungen mit der "Erzdiözese der russisch-orthodoxen Gemeinden in Westeuropa" zu führen, die vom Patriarchat von Konstantinopel für aufgelöst erklärt wurde. Bei der nächsten

Generalversammlung der "Erzdiözese der russisch-orthodoxen Gemeinden in Westeuropa" am 7. September soll die Entscheidung fallen, ob sich die russischen Gemeinden in Westeuropa aus der Jurisdiktion von Konstantinopel lösen und dem Moskauer Patriarchat Moskau unterstellen.

Hintergrund der Causa ist der Konflikt zwischen den Patriarchaten von Moskau und Konstantinopel um die orthodoxe Kirche in der Ukraine. Weil Konstantinopel der "Orthodoxen Kirche der Ukraine" die Autokephalie (Eigenständigkeit bzw. Unabhängigkeit) verliehen hat, hat Moskau die eucharistische Gemeinschaft mit Konstantinopel aufgekündigt. Die "Orthodoxe Kirche der Ukraine" repräsentiert nur einen Teil der Orthodoxie in der Ukraine. Von den anderen autokephalen orthodoxen Kirchen - außer Konstantinopel - wurde sie bislang nicht anerkannt.

Neues vatikanisches Frauenfußballteam kickt am Samstag in Wien

Erster internationaler Auftritt beim 20-Jahr-Jubiläum des FC Mariahilf

Wien-Vatikanstadt, 20.06.2019 (KAP) Das neu gegründete vatikanische Frauenfußballteam feiert am kommenden Samstag, 22. Juni, in Wien sein internationales Debüt. Die Mannschaft tritt in einem Freundschaftsspiel gegen die Frauen-Elf des FC Mariahilf (FCM) an. Anlass ist das 20-Jahr-Jubiläum des FCM. Das Team kickt derzeit in der Wiener Landesliga, der dritthöchsten Spielklasse im heimischen Frauenfußball. Das Jubiläumsfest beginnt am Samstag um 9.30 Uhr mit einem Empfang in der Leberstraße 84 (11. Bezirk). Anschließend lädt der FCM um 10 Uhr zu einer Festmesse, die Pfarrer Jan Soroka von der Pfarre Hasenleiten feiert, und einem feierlichen Festakt. Der Anpfiff zum Freundschaftsmatch der beiden Frauenfußballteams erfolgt um 12:30 Uhr.

Das päpstliche Frauenfußballteam hatte 2018 seinen ersten Auftritt und erhielt sogleich eine Einladung des Wiener Sportclubs FC Mariahilf. Man habe zu Beginn nicht damit gerechnet, dass die vatikanischen Kickerinnen die Einladung wirklich annehmen werden, berichtete Vereinsgründer und -obmann Ernst Lackner gegenüber "Kathpress". Der Wiener Erzbischof, Kardinal Christoph Schönborn, habe dem vatikanischen Team nach Rückfrage versichert, dass der FC Mariahilf eine seriöse Mannschaft sei, die auch im Wohltätigkeitsbereich stark engagiert ist, so Lackner.

"Wir sind ein Verein, der sich nicht nur dem Fußball, sondern auch dem sozialer Einsatz verschrieben hat", erklärte Lackner weiter. Der Vereins wolle "der Gesellschaft etwas zurückzugeben", darum organisiere man Benefizturniere für soziale Einrichtungen wie etwa die Caritas-Einrichtung "Gruft" oder wohltätige Vereine.

Das vatikanische Frauenteam wird vom römischen Trainer Gianfranco Guadagnoli coacht und zählt 25 Spielerinnen. Mannschaftsführerin ist die aus Kamerun stammende Stürmerin Eugene Tcheugoue, Mitarbeiterin des vatikanischen Kurienbehörde für Laien, Familie und Leben. Zu den Fußballerinnen zählen auch einige Angestellte des römischen Kinderkrankenhauses "Bambino Gesù". Einzug im Vatikan hielt der Frauenfußball im vergangenen Jahr. Damals traten bei einem Freundschaftsturnier in Rom erstmals zwei Teams weiblicher Vatikan-Bediensteter gegeneinander an. Im Vatikan arbeiten rund 750 Frauen, darunter viele Ordensangehörige.

Die Fußballtradition im Vatikan reicht in das Jahr 1521 zurück, als erstmals ein Vorläufer des heutigen Spiels - eine Art Rugby - im Beisein von Papst Leo X. im Belvedere-Hof stattfand. Das älteste noch bestehende vatikanische Fußballteam ist die 1966 gegründete Elf der Vatikanischen Museen. International gehört der Vatikan zu den wenigen Staaten, die nicht im Fußball-Weltverband FIFA organisiert sind.

"Österreichischer Demenzpreis" erstmals vergeben

Pflegewohnhausträger "Casa Leben im Alter", an dem auch die Caritas der Erzdiözese Wien beteiligt ist, für innovative Langzeitpflege-Methode ausgezeichnet

Wien, 20.06.2019 (KAP) Der Pflegewohnhausträger "Casa Leben im Alter", an dem auch die Caritas der Erzdiözese Wien beteiligt ist, hat den erstmals vergebenen "Österreichischen Demenzpreis" erhalten. Die "Österreichische Gesellschaft für Public Health" zeichnete "Casa Leben im Alter" für die flächendeckende Anwendung des sogenannten "Dementia Care Mapping"-Modells (DCM) im Rahmen der Langzeitpflege aus. DCM zielt auf eine möglichst individuell an die zu pflegenden Menschen mit Demenz ausgerichtete Betreuung ab.

"Casa Leben im Alter" hat die Methode nach eigenen Angaben als erste stationäre Pflege-

anbieterin in Österreich in allen ihren Häusern umgesetzt. Zum ersten Mal angewandt wurde das Konzept in der "Casa Kagran", wo 135 Bewohner leben. Dort konnte eine Verbesserung des Wohlbefindens der an Demenz erkrankten Menschen von bis zu 40 Prozent erzielt werden. Mit Ende 2018 wurde daher begonnen diese innovative Methode auch in allen anderen Casa-Häusern zur Anwendung zu bringen.

Die Caritas der Erzdiözese Wien ist, gemeinsam mit der Stiftung Liebenau, Miteigentümer von "Casa Leben im Alter". Dazu zählen sechs Pflegeeinrichtungen in Wien und Niederösterreich.

V A T I K A N & R O M

Papst fordert mehr Islamkenntnis in der katholischen Theologie

Angehende katholische Theologen müssten gemeinsame Wurzeln und Unterschiede der religiösen Identitäten verstehen lernen, sagte der Papst am Freitag in Neapel bei einer Tagung der Päpstlichen Theologischen Fakultät für Süditalien

Vatikanstadt, 21.06.2019 (KAP) Papst Franziskus hat mehr jüdische und islamische Elemente im katholischen Theologiestudium gefordert. Studierende müssten zum Dialog mit den anderen Religionen erzogen werden, um eine Gesellschaft aufbauen zu können, die Verschiedenheit wertschätzt, sagte er am Freitag in Neapel. Namentlich in den Muslimen gelte es "Partner für den Aufbau eines friedlichen Zusammenlebens" zu sehen. Allgemein mahnte er zu einer "Theologie der Offenheit und des Dialogs". Der Papst sprach auf einer Tagung der Päpstlichen Theologischen Fakultät für Süditalien.

Franziskus ermutigte katholische Hochschulen zu Kursangeboten in arabischer und jüdischer Sprache und Kultur sowie zur Förderung des Kennenlernens von christlichen, jüdischen und muslimischen Studenten. Angehende katholische Theologen müssten gemeinsame Wurzeln und Unterschiede der religiösen Identitäten verstehen lernen. Der Ruf zur Partnerschaft mit Muslimen gelte auch, "wenn sich aufgrund fanatischer und dialogfeindlicher Gruppen bestürzen-

de Vorfälle ereignen", sagte er unter Verweis auf die islamistischen Anschläge in Sri Lanka zu Ostern.

Dialog mit anderen Kulturen und Religionen sei "vor allem eine Methode der Unterscheidung und der Verkündigung des Wortes der Liebe, die an jeden Menschen gerichtet ist", sagte der Papst. Einem Geist der Eroberung, der Abwerbung Andersgläubiger und einer aggressiven Widerlegung erteilte er eine Absage. Eine evangeliumsgemäße Haltung schließe selbst die Bereitschaft zur Lebenshingabe ein. Franziskus erinnerte dabei an die 1996 in Algerien ermordeten und Ende vergangenen Jahres seliggesprochenen Trappisten-Mönche von Tibhirine und an den US-amerikanischen Bürgerrechtler Martin Luther King (1929-1968).

Kritisch äußerte sich der Papst über die frühere Praxis von Zwangstaufen. "Völker, die sich christlich nannten", hätten aggressive und kriegerische Haltungen an den Tag gelegt. Dabei erinnerte er auch an Kolonialismus und an "Verfolgungen, die im Namen der Religion oder einer

angeblichen Reinheit von Rasse oder Lehre verübt wurden".

Der Mittelmeerraum sei von seinen naturräumlichen Gegebenheiten her "offen für die Begegnung, den Dialog und die gegenseitige Inkulturation", so Franziskus. Die theologischen Fakultäten warnte er vor Selbstbezüglichkeit und Betriebsblindheit. Theologen müssten "Männer und Frauen des Mitleids" sein, die sich von sozialer Not und Ungerechtigkeit anrühren lassen müssten. Ohne dies würde die Theologie "nicht nur die Seele, sondern auch das Erkenntnisvermögen und die Fähigkeit, die Wirklichkeit christlich zu deuten" verlieren, so der Papst.

Thema der zweitägigen Veranstaltung am Donnerstag und Freitag war die Theologie im Mittelmeerraum nach der Reform der katholischen Universitäten und Fakultäten durch den päpstlichen Erlass "Veritatis gaudium" aus dem Jänner 2018. Die Päpstliche Theologische Fakultät für Süditalien in Neapel wurde 1969 gegründet. Sie wird von der Erzdiözese Neapel und dem Jesuitenorden betrieben. Ihr angeschlossenen sind Studieneinrichtungen im kalabrischen Catanzaro sowie in Potenza, Salerno, Reggio Calabria und Cosenza.

Christen in Rom gedachten ums Leben gekommener Flüchtlinge

Insgesamt starben im Jahr 2018 mehr als 2.300 Menschen bei dem Versuch, nach Europa zu gelangen - Ökumenisches Abendgebet u.a. mit Kurienkardinal Farrell wurde von Sant'Egidio, Caritas, evangelischen Kirchen und Waldensern organisiert

Rom, 21.06.2019 (KAP) Mit einem ökumenischen Abendgebet zum Weltflüchtlingstag haben die Kirchen in Italien an die toten Migrantinnen und Flüchtlinge des vergangenen Jahres erinnert. Der Gottesdienst am Donnerstagabend in der Kirche Santa Maria di Trastevere, an dem gut 800 Menschen teilnahmen, stand unter dem Titel "Wie die Hoffnung stirbt". Dabei wurden auch die Namen zahlreicher einzelner Frauen, Männer und Kinder verlesen, die auf dem Weg nach Europa zwischen Marokko und Griechenland ums Leben kamen. Insgesamt starben im Jahr 2018 mehr als 2.300 Menschen bei dem Versuch, nach Europa zu gelangen.

Sei 2006 nur jeder 35. Mensch "auf der Suche nach Sicherheit und einer besseren Zukunft in Europa" ums Leben gekommen, so war es im vergangenen Jahr jeder 15., sagte Roms Weihbischof Gianpiero Palmieri zu Beginn der Feier. Dabei wurde auch das sogenannte Kreuz von Lampedusa hereingetragen, das aus Planken eines gekenterten Flüchtlingsbootes gezimmert wurde.

Mehr als die Hälfte der Opfer starb nach Angaben der Gemeinschaft Sant'Egidio auf der zentralen Mittelmeerroute zwischen Libyen und Italien, ein Drittel auf der westlichen Route Richtung Spanien und gut ein Zehntel im östlichen Mittelmeer und auf der Balkanroute. Der Anteil

der Frauen unter den Toten ist den Angaben zufolge zuletzt auf fast 40 Prozent stark gestiegen.

Organisiert wurde der Gottesdienst unter anderem von Sant'Egidio, Caritas Italien, der Katholischen Arbeitnehmerschaft sowie den evangelischen Kirchen und der Kirche der Waldenser. In seiner Predigt betonte Kurienkardinal Kevin Farrell, es gehe in diesem Moment nicht darum, politische Forderungen aufzustellen, sondern darum, für die "gestorbenen Brüder und Schwestern zu beten". Gott möge auch die Christen aus ihrer Gleichgültigkeit befreien, so der Präfekt des Vatikan-Dikasteriums für Laien, Familie und Leben.

Vor Beginn des Gottesdienstes hatte Marco Impagliazzo, Präsident von Sant'Egidio, die Formulierung "illegale Migration" kritisiert. So zu reden, sei sinnlos, da es keine legalen Wege gebe. Daher warb Impagliazzo für die Fortsetzung und Ausweitung der sogenannten humanitären Korridore. Diese habe auch Italiens Staatspräsident Sergio Mattarella anlässlich des UN-Weltflüchtlingstages gewürdigt. Der jüngste Vorschlag eines Korridors, um 50.000 Migrantinnen innerhalb von zwei Jahren aus libyschen Lagern zu befreien, sei jedoch nur umsetzbar, wenn viele europäische Regierungen und Kirchen sich beteiligten, so Impagliazzo.

Kardinal Parolin kritisiert Mafia-Unkultur in Kalabrien

Vatikanischer Kardinalstaatssekretär verurteilt bei Fronleichnam-Gottesdienst im süditalienischen Gioia Tauro "kriminelle und mafiöse Aktivitäten mit ihren besorgniserregenden Folgen von Schweigekultur und Korruption"

Rom, 21.06.2019 (KAP) In scharfer Form hat der vatikanische Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin eine anhaltende mafiöse Unkultur in Kalabrien kritisiert. "Kriminelle und mafiöse Aktivitäten mit ihren besorgniserregenden Folgen von Schweigekultur und Korruption" stünden in krassem Gegensatz zur christlichen Botschaft, so der "Zweite Mann" des Vatikan bei einem Fronleichnam-Gottesdienst am Donnerstag im süditalienischen Gioia Tauro nahe Reggio Calabria.

Zwar habe sich in den vergangenen Jahren vieles verbessert. Doch noch immer litten die Menschen im Süden Italiens unter großen wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Es gebe noch sehr viel zu verbessern, sei es von Seiten des Staates, durch die Privatwirtschaft wie auch durch Gewissensentscheidungen der einzelnen Bürger. Dabei komme auch der Kirche und den

Christen eine große Verantwortung zu, so Parolin laut dem vom Vatikan verbreiteten Redeskript.

Es sei verständlich, wenn viele Menschen nach Jahren vergeblichen Wartens enttäuscht seien. Aber es gebe genügend Gründe für eine positive Entwicklung gerade dieser wichtigen Region Kalabriens, sei es industriell, landwirtschaftlich oder touristisch. Den Gottesdienst feierte Parolin in einer Kirche, die auf einem vom Staat konfiszierten ehemaligen Mafia-Grundstück gebaut wurde.

Im vergangenen Jahr hatte auch Papst Franziskus bei seinem Besuch in Sizilien Christen und Kirche auf den Einsatz gegen mafiöses Denken und Strukturen eingeschworen. Dabei hatte er einen Priester, der von Mafiakillern erschossen worden war, seliggesprochen.

Rom: Minister bekräftigt Aus für Populisten-Akademie in Abtei

Ex-Trump-Berater Bannon wollte in ehemaligem Kloster Trisulti politische "Gladiatorenschule" populistischer und nationalistischer Prägung errichten

Rom, 21.06.2019 (KAP) Italiens Kulturminister Alberto Bonisoli hat sein Aus für die geplante Populisten-Akademie im ehemaligen Kloster Trisulti bekräftigt. Die Konzession zur Nutzung des Areals der früheren Zisterzienserabtei werde dem aktuellen Trägerverein entzogen und anderweitig vergeben, sagte Bonisoli am Rande einer Veranstaltung am Mittwochabend in Rom. Der Brite Benjamin Harnwell, der die Akademie nach Vorstellungen des US-amerikanischen Rechtspopulisten Steve Bannon aufbauen soll, geht hingegen von der Aufnahme des Lehrbetriebs im Spätherbst aus.

Das Ministerium, dem die 800 Jahre alte Abtei als staatliches Kulturgut untersteht, hatte Ende Mai ein Verfahren zum Entzug der Pacht wegen der "Verletzung verschiedener vertraglicher Verpflichtungen" eingeleitet. Im Hintergrund stehen Vorwürfe, das von Harnwell geleitete "Dignitatis Humanae Institute" besitze nicht die Voraussetzungen zur Leitung einer kunsthistorisch bedeutenden Anlage und habe ein ge-

fälschtes Gutachten zum Finanzierungsplan vorgelegt.

"Ich mag keine Schwindler", sagte Bonisoli wörtlich. "Wenn mir jemand Informationen gibt, die nicht richtig sind, tut es mir leid." Man werde die Abtei "jemandem geben, der seine Papiere in Ordnung hat". Es gebe bereits Interessenten. Konkreter wurde der Minister der Fünfsterne-Bewegung nicht. Ein Mitarbeiter Bonisolis betonte, das Verfahren sei im Gang, der Entzug der Konzession aber nur eine Frage der Zeit.

Das "Dignitatis Humanae Institute" hatte die in Staatsbesitz befindliche Klosteranlage im Süden Latiums Anfang 2018 als Pächter übernommen. Während in den Bewerbungsunterlagen von einer theologischen Akademie als Nutzungszweck die Rede war, kündigte der frühere Berater von US-Präsident Donald Trump, Steve Bannon, an, dort eine europäische "Gladiatorenschule" für Populisten und Nationalisten zu errichten.

Unterdessen sind nach Angaben Harnwells auch frühere kirchliche Fürsprecher abgerückt. Zu ihnen gehören laut Harnwell der im Vatikan für Migrations- und Menschenrechtsfragen zustän-

dige Kardinal Peter Turkson und der Zisterzienser-Abt Eugenio Romagnuolo; dieser hatte wesentlich zum Erfolg der Bewerbung um die Abtei beigetragen.

Vatikan dementiert Gerüchte über Gesundheitszustand Benedikts

Vatikansprecher Gisotti: Meldungen über angebliche schwere Kreislaufstörungen des emeritierten Papstes sind "falsch"

Vatikanstadt, 20.06.2019 (KAP) Der Vatikan hat Gerüchte zum angeblich sich verschlechternden Gesundheitszustand des emeritierten Papstes Benedikt XVI. dementiert. Entsprechende Meldungen seien schlicht "falsch", betonte Interims-Vatikansprecher Alessandro Gisotti bereits am Dienstag gegenüber dem Portal "I.Media". Zuletzt kursierten Meldungen, denen zufolge der ehemalige Papst an schweren Kreislaufstörungen leide.

Ähnliche Meldungen rund um den Gesundheitszustand Benedikt XVI. machen immer wieder die Runde: Erst im Februar 2018 hatten Medien berichtet, dass Benedikt an einer paralyisierenden Krankheit leide - auch diese Berichte wurden dementiert. Nach wie vor empfängt der ehemalige Papst aus Bayern Besucher in seinem

Vatikandomizil. Dennoch ist es kein Geheimnis, dass Benedikt mit Altersproblemen zu kämpfen hat: Bereits im Jahr 2016 hatte sein engster Mitarbeiter, Erzbischof Georg Gänswein, in einem Interview gesagt, dass Benedikt XVI. wie eine Kerze sei, die "langsam und in Ruhe" erlösche, aber keine besonderen Gesundheitsprobleme habe.

Auf dem Rückflug aus Rumänien am 2. Juni diesen Jahres hatte Papst Franziskus selbst über die Gesundheit seines Vorgängers gesprochen. "Er spricht langsam, aber mit der gleichen Tiefe und Klarheit wie immer", erklärte der amtierende Papst. "Er besitzt eine große Klarheit. Sein Problem sind seine Knie und nicht sein Kopf!"

A U S L A N D

Kardinal: Weniger Aufklärungswille zu Attentaten in Sri Lanka

Begegnung des Erzbischofs von Colombo, Ranjith, am Nachmittag mit Papst Franziskus in Rom

Vatikanstadt, 20.06.2019 (KAP) Das Interesse zur Aufklärung der Bombenattentate auf Kirchen und Hotels am Ostersonntag in Sri Lanka lässt nach Aussage des Erzbischofs von Colombo, Kardinal Malcolm Ranjith, spürbar nach. Anhörungen einer Untersuchungskommission würden nicht mehr im Fernsehen übertragen. Vertreter von Behörden und Parteien ergingen sich in Schuldzuweisungen, wer Hinweise auf Attentate vernachlässigt habe, so Ranjith am Donnerstag in Rom.

In den Wochen vorher habe es mehrfach Informationen des indischen Geheimdienstes zu möglichen Angriffen von Extremisten gegeben, die aus Syrien zurückkehren, bestätigte der Kardinal bei einer Pressekonferenz des Hilfswerks "Kirche in Not". Noch am Ostermorgen um 6:45

Uhr sei eine Warnung eingegangen. "Hätte ich das gewusst, hätte ich die Kirchen geschlossen und den Menschen gesagt, sie sollten zu Hause bleiben", so Ranjith.

Am Donnerstagnachmittag wird der Kardinal von Papst Franziskus empfangen. Ihm will er ein Video übergeben, das über die Attentate und deren Folgen berichtet. Zu sehen sind darin auch Aufnahmen von Überwachungskameras, die die Attentäter mit Rucksack zeigen, einen von ihnen bis zu dem Moment, in dem er eine Kirche betritt und die Bombe zündet. Bei den Selbstmordattentaten islamistischer Terroristen auf drei Kirchen und drei Hotels waren nach Aussage von Ranjith 300 Menschen getötet worden; andere Quellen nennen 250. Vor einer Woche erst wurden laut Medienberichten vier weitere

Verdächtige im Nahen Osten durch Interpol festgenommen.

In den Tagen und Wochen nach den Attentaten habe er etliche Kirchengemeinden, Dörfer, aber auch Moscheen und Tempel besucht, um aufkommende Spannungen zu entschärfen, berichtete Kardinal Ranjith. Es sei zum Teil schwer zu vermitteln gewesen, dass Menschen nicht mit anti-islamischen Angriffen reagieren. Die Vorsteher örtlicher Moscheegemeinden habe er beruhigen können, dass keine Racheakte von Christen

zu befürchten seien. Umgekehrt hätten die Muslime sie unterstützt, bestätigte Ranjith.

Allerdings habe sich in den letzten 30 bis 40 Jahren wahhabitischer Einfluss in Sri Lanka verstärkt, der sich von örtlichen Muslimen absetze. Nun komme es darauf an, dass die Attentate und mögliche unterschwellige Spannungen bei den nächsten Präsidentschaftswahlen Anfang 2020 nicht instrumentalisiert würden. Sri Lanka ist von einer buddhistischen Bevölkerungsmehrheit geprägt.

Marx: Christen sollen Zeichen der Einheit sein

Münchener Erzbischof zu Fronleichnam: Christen sind aufgerufen, Zeichen der Einheit in Vielfalt zu sein

München, 20.06.2019 (KAP/KNA) Unter zumeist weiß-blauem Himmel haben Bayerns Katholiken am Donnerstag mit Gottesdiensten und Prozessionen das Fronleichnamsfest gefeiert. Auf dem Marienplatz in München nannte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Münchner Kardinal Reinhard Marx, Fronleichnam eine "Demonstration der Selbstverpflichtung". Die Christen seien aufgerufen, Zeichen und Werkzeug der Einheit der Menschen in der Vielfalt zu sein. Das gelte im Hinblick auf die Kirche, die Ökumene und für die Gesellschaft insgesamt. Christus sei gekommen, um die ganze Welt zu erlösen. Die Feier der Eucharistie sei dabei das Zeichen für das Wesen der Kirche

Zugleich verwies Marx darauf, dass in seinen Gesprächen mit Politikern derzeit immer wieder beklagt werde, wie die Gesellschaft sich zunehmend spalte, die Sprache verrohete und die Gegensätze größer würden. Er selbst sei in Sorge darüber, dass mittlerweile auch in der Kirche eine "Sprache der Polarisierung" und Richtungskämpfe herrsche. "Bei aller Vielfalt, die das katholische Leben hat, wir gehören zusammen, hier an diesen einen Tisch", betonte der Kardinal.

Marx rief dazu auf, die Sprache immer wieder zu überprüfen. Am besten sollte mit dem Anderen geredet werden, nicht über ihn. Auch gelte es, dass man sich innerkirchlich frage:

"Wollen wir Teil oder Lösung des Problems sein, spalten oder zusammenzuführen?" Insgesamt waren laut Angaben der Pressestelle der Erzdiözese München und Freising mehr als 10.000 Menschen zum Gottesdienst und zur anschließenden Prozession durch die Innenstadt gekommen, unter ihnen auch Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU).

Der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick bezeichnete die traditionelle Fronleichnamsprozession als Ausdruck des gemeinsamen "Auf dem Weg sein" mit Jesus Christus. "Jesus geht mit uns, ist unser Weggefährte und gibt uns den geistlichen Reiseproviant." Dieser Aspekt des Lebens und des Wirkens Christi werde besonders deutlich, wenn die Gläubigen an diesem Feiertag mit dem Allerheiligsten durch die Straßen zögen.

In Augsburg hob Bischof Konrad Zdarsa die Bedeutung des "gebrochenen Brotes, das Jesus selber ist" und damit die Eucharistie hervor. Er erinnerte an die ersten Christen, die sich in ihren Häusern zum Brotbrechen versammelten. Viermal werde in der Apostelgeschichte darauf hingewiesen, dass sie festgehalten hätten an der Lehre der Apostel und der Gemeinschaft, am Brechen des Brotes und am Gebet. Damit berufe sich der Apostel nicht auf eine bereits bestehende Tradition einer Urgemeinde, "sondern er bezeugt, was er vom Herrn empfangen hat".

Kardinal Marx: Kirchen müssen auf tiefere Weise von Gott sprechen

Vorsitzender der katholischen Deutschen Bischofskonferenz spricht sich bei Evangelischem Kirchentag in Dortmund für "tastende Theologie" aus, die nicht mit dem Gestus daherkomme, immer alles wissen zu wollen

Dortmund, 21.06.2019 (KAP/KNA) Die Kirchen müssen nach Auffassung des Vorsitzenden der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, lernen, auf eine tiefere Weise von Gott zu sprechen. Wenn dies gelinge, erledigten sich manche kirchentrennenden Probleme von selbst, sagte der Münchner Erzbischof am Freitag bei einer Bibelarbeit auf dem derzeit in Dortmund stattfindenden Evangelischen Kirchentag. Für ihn selbst sei die "Unbegreiflichkeit Gottes" im Laufe seines Lebens immer größer geworden. Marx sprach sich für eine "tastende Theologie" aus, die nicht mit dem Gestus daherkomme, immer alles wissen zu wollen.

Zu der alttestamentlichen Bibelstelle des Opfers Abrahams sagte der Kardinal, es gehe dabei nicht um die Tötung des Sohnes Isaak, sondern um das Vertrauen Abrahams angesichts der Unbegreiflichkeit Gottes. Dieser handle nicht aus einem blinden Gehorsam, sondern aus einem Glauben, "der alles für möglich hält". Die Vorstellung eines Gottes, der herausfordere und vom Menschen die Bereitschaft erwarte, sich auf völlig Neues einzulassen, sei wie ein Leitmotiv der europäischen Kultur, sagte Marx mit Verweis auf den Ägyptologen Jan Assmann. Auch die Kirche müsse in diesem Sinne immer weiter voranschreiten.

Bereits am Donnerstag hielt der Vizepräsident der katholischen EU-Bischofskommission COMECE, der Essener Bischof Franz Josef Overbeck bei einer Veranstaltung auf dem Kirchentag fest, dass sich die Kirchen seiner Ansicht nach nur ökumenisch behaupten könnten.

Angesichts des wachsenden Säkularismus hätten die Konfessionen nur gemeinsam eine Zukunft, sagte Overbeck. Angesichts der neuen Entwicklungen müssten die Kirchen viel mehr zusammenarbeiten, etwa bei der Nutzung von Gebäuden, im Sozialbereich oder der Seelsorge beim Militär, in Gefängnissen und Krankenhäusern.

Der Deutsche Evangelische Kirchentag (DEKT) war am Mittwochabend eröffnet worden. Das Christentreffen mit Zehntausenden Teilnehmern dauert bis Sonntag und steht unter dem Motto "Was für ein Vertrauen". Auf dem Programm stehen knapp 2.400 Veranstaltungen.

Bei der zentralen Eröffnung rief der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zu einem friedlichen Zusammenleben auf. Zudem mahnte er eine Verständigung zwischen Völkern und Religionen und den Einsatz für Klima und Umwelt an. In Anlehnung an das Kirchentagsmotto warb er dafür, die Zukunft mit Vertrauen zu gestalten. Deutschland vertraue in Rechtsstaat, Demokratie und in das vor 70 Jahren beschlossene Grundgesetz.

Die gastgebende Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, Annette Kurschus, sagte im Eröffnungsgottesdienst, neues Vertrauen könne entstehen, wenn "Gott so unerhört zart, so heilsam und heilvoll stark unser Leben kreuzt".

Der katholische Paderborner Erzbischof Hans-Josef Becker betonte, in einer so multireligiös und multikulturell geprägten Stadt wie Dortmund sollten die Kirchen gemeinsam mit anderen Religionen die Friedensbotschaft für die ganze Gesellschaft fruchtbar machen.

Ethik-Experte fordert globale Regeln für Künstliche Intelligenz

Augsburger Weihbischof Losinger: "Wir müssen die digitale Welt in die Prinzipien einpassen, die wir im Menschenrechtskatalog definiert haben"

Osnabrück, 20.06.2019 (KAP/KNA) Der Augsburger Weihbischof und Ethik-Experte Anton Losinger fordert weltweite Regeln für Künstliche Intelligenz. "Wir müssen dringen festlegen, wie wir mit all den neuartigen technischen Möglichkeiten umgehen", sagte er den Zeitungen der Verlags-

gruppe Bistumspresses (Sonntag) in Osnabrück. Dabei müsse es in erster Linie darum gehen, ihren Missbrauch zu verhindern. "Wir müssen die digitale Welt in die Prinzipien einpassen, die wir im Menschenrechtskatalog definiert haben".

Niemals dürfe es Künstlicher Intelligenz zum Beispiel in Form von Kriegsdrohnen erlaubt werden, Menschen nach eigenen Berechnungen zu töten, so Losinger, der dem Deutschen Ethikrat angehört. In der Strategie etwa bei der Nato sei geregelt, dass der Schussbefehl zur Verletzung oder Tötung von Menschen immer von einem Menschen freigegeben werden müsse. Das sei alternativlos. "Denn sonst wäre ja die Tötung von Menschen durch Maschinen legitimiert und jede Ethik entkräftet."

Ähnliches gelte für das autonome Fahren im Straßenverkehr. Nie dürfe einem Algorithmus in der gedachten Dilemma-Situation die Entscheidung überlassen werden, entweder eine Mutter mit Kind oder einen alten Mann überfahren zu müssen. Die Ethikkommission für das autonome und vernetzte Fahren der deutschen Bundesregierung habe festgeschrieben, dass Menschen niemals nach ihrer Anzahl oder nach persönlichen Merkmalen oder Veranlagungen gegenüber anderen aufgewogen werden dürften. Losinger

ist Mitglied der Kommission und gehört in der Deutschen Bischofskonferenz der Kommission für Wissenschaft und Kultur an.

Auch beim Einsatz von Robotern etwa in der Pflege zieht Losinger klare Grenzen. Künstlich intelligente Spracherkennungssysteme könnten in der Medizin zwar gute Dienste leisten. Aber niemals dürften menschliche Zuwendung und Kommunikation durch hoch entwickelte technische Systeme ersetzt werden. Wenn jemand auf eine Pflegestation gebracht werden, dann komme nicht nur als Patient, sondern als Mensch "mit seinen Ängsten, Sorgen und Fragen", sagte Losinger. "Er hat ein Recht darauf, dass ihm ein Mensch gegenübertritt, der darauf reagiert."

Maschinen machten in der Medizin sicher manches besser, etwa in der Diagnostik, erläuterte Losinger. "Letztendlich müssen auf der Basis dieser Diagnosen aber auch Entscheidungen gefällt werden", so der Weihbischof. Das müssten Menschen machen.

Deutschland: Kirchenvertreter verurteilen Politiker-Morddrohungen

Kölner Stadtdechant fordert nach Drohungen u.a. gegen Kölner Bürgermeisterin einen "Aufstand der Anständigen" - Leiter des Katholischen Büros in Düsseldorf, Hamers: Deutlich machen, "dass Gewalt keine Form der politischen Auseinandersetzung ist"

Bonn, 21.06.2019 (KAP/KNA) Der Leiter des Katholischen Büros in Düsseldorf, Antonius Hamers, hat Morddrohungen gegen mehrere deutsche Politiker verurteilt. "Ich glaube schon, dass man das sehr ernst nehmen und insofern da auch darauf reagieren muss", sagte er dem katholischen Kölner Internetportal "domradio.de" am Freitag. Er selbst habe als kirchlicher Vertreter die Möglichkeit, Politikern im Gespräch "Mut zu machen und mit dafür zu sorgen, dass eine geordnete und gute politische Auseinandersetzung stattfindet".

Hamers zeigte sich überzeugt, dass die "politische Mitte und die politisch Anständigen deutlich machen müssen, dass Gewalt keine Form der politischen Auseinandersetzung ist". Es gehe darum, "politische Auseinandersetzungen mit demokratischen Mitteln" zu führen. Vielen fehle die Einsicht, dass Demokratie auch durch den Kompromiss funktioniere, so Hamers. "Es geht nicht darum, einzig und alleine die eigene Lösung durchzusetzen, koste es, was es wolle." Demokratie lebe davon, dass Mehrheiten auf demokratische Art durch Überzeugungen und Argumente gewonnen würden.

Der Geistliche erklärte zudem, man müsse "die beiden politischen Pole rechts und links" zusammenhalten. Bei diesen Menschen solle dafür geworben werden, "dass sie ihre Auseinandersetzungen innerhalb der demokratischen Spielregeln suchen". Die Gesellschaft müsse sich auch mit "abstrusen Meinungen" politisch auseinandersetzen. "Ich kann nicht einfach sagen, dass bestimmte politische Positionen nicht mehr diskutabel sind, sondern ich muss mich dem stellen und deutlich machen, welche Argumente ich dagegen habe", so Hamers.

Am Donnerstag waren Morddrohungen unter anderem gegen die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker (parteilos) bekannt geworden. Der Kölner Stadtdechant Robert Kleine forderte daraufhin einen "Aufstand der Anständigen". Es müsse ein Zeichen gesetzt werden "gegen den Hass und gegen diejenigen, die plötzlich unsere demokratische Grundordnung und das Miteinanderleben der Menschen unterschiedlichster Kulturen und Nationen konterkarieren".

Boykott gegen Beladung eines saudischen Schiffes in Genua

Protestaktion mit kirchlicher Beteiligung: Güterausfuhr in Kriegsgebiete verstößt gegen internationales Recht

Genua, 20.06.2019 (KAP) Nach Protesten von Gewerkschaften und kirchlichen Organisationen kann ein saudisches Frachtschiff in Genua keine Generatoren an Bord nehmen. Die Geräte sollten nach Dschidda gebracht und in einer Leitstelle zur Steuerung von Luftangriffen im Jemen eingesetzt werden, berichtet die Zeitung "Avvenire" (Donnerstag) unter Berufung auf die Organisatoren des Boykotts. Die Hafenbehörde habe dem Protest der Hafentarbeiter stattgegeben und eine Beladung des Schiffes "Bahri Jazan", das am Donnerstagvormittag in Genua einlaufen sollte, untersagt, so auch die Zeitung "GenovaPost".

An der Protestaktion beteiligen sich demnach rund 30 Gruppen, neben Gewerkschaften

auch die örtliche Caritas, die Katholische Aktion Italiens sowie die Katholische Arbeitnehmerbewegung Acli. Die Ausfuhr von Gütern in Kriegsgebiete "verletze die Verfassung, internationale Abkommen und unsere Gesetze", heißt es in einer Erklärung der Organisationen. Zudem berufen sie sich auf Papst Franziskus, der kürzlich kritisierte, dass Europa seine Häfen für Flüchtlinge schließe, sie für die Ausfuhr von Waffen aber öffne.

Nachdem das saudische Schiff unbeladen aus Genua wieder auslaufen muss, wollen die Organisatoren des Boykotts verfolgen, ob es die Fracht nicht in anderen Häfen wie Livorno oder La Spezia an Bord nimmt.

Habermas fordert Überwindung nationaler Egoismen

90-jähriger Philosoph hielt "Geburtstagsvortrag" an Universität Frankfurt - Kritik an politischer Mutlosigkeit

Frankfurt, 20.06.2019 (KAP/KNA) Der Philosoph Jürgen Habermas (90) hat die Staaten Europas zur Überwindung "nationaler Egoismen" aufgerufen. Sie müssten bereit sein, über nationale Grenzen hinweg ihre Sichtweisen konstruktiv auszutauschen, sagte Habermas am Mittwochabend in Frankfurt. So könnten die Nationalstaaten "die gemeinsamen Wurzeln ihrer eigentlich nur auf den ersten Blick verschiedenen politischen Kulturen" erkennen, sagte Habermas in einem Vortrag an der Universität Frankfurt anlässlich seines 90. Geburtstags, den er am Dienstag gefeiert hatte.

Gegenwärtige Aufgabe der Staaten Europas sei es, einem "Trend zu wachsender sozialer Ungleichheit" entgegenzutreten, betonte Habermas. Er warf in diesem Zusammenhang der Politik Mutlosigkeit vor: "Die politischen Eliten lassen sich bis auf wenige Ausnahmen von einer ideologisch aufgebauchten, gesellschaftlichen Komplexität entwaffnen und haben den Mut zu einer gestaltenden Politik verloren", sagte er.

Habermas sprach über das Thema "Noch einmal: Zum Verhältnis von Moralität und Sitt-

lichkeit". An der Universität Frankfurt lehrte und forschte Habermas bis zu seiner Emeritierung 1994 als Professor für Philosophie mit dem Schwerpunkt Sozialphilosophie. Am Mittwoch mahnte Habermas, eine Universität sei "mehr als eine vom Wissenschaftsrat evaluierte Anstalt für Forschung". Er fügte hinzu: "Solange eine Universität lebt, lebt sie von ihrem Geist." Habermas wurde mit stehenden Ovationen und minütelangem Beifall verabschiedet.

Habermas gilt als der prägende deutsche Philosoph der Gegenwart. Er wurde am 18. Juni 1929 in Düsseldorf geboren. Nach dem Studium von Philosophie, Geschichte, Psychologie, Literatur und Ökonomie wurde er unter Theodor W. Adorno Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main ein. Dort entwickelte er die kritische Gesellschaftstheorie der "Frankfurter Schule" weiter. Sein Hauptwerk, die "Theorie des kommunikativen Handelns" (1981) übte weltweiten Einfluss aus. Der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier würdigte Habermas als "Stimme der kritischen Vernunft".

Britischer Kardinal wegen Umgangs mit Missbrauch in der Kritik

Bericht staatlicher Untersuchungskommission wirft Kardinal Nichols vor, in seiner Amtszeit als Erzbischof von Birmingham nicht ausreichend auf Missbrauchsfälle reagiert zu haben

London, 21.06.2019 (KAP/KNA) Der höchste Würdenträger der katholischen Kirche in England und Wales, Kardinal Vincent Nichols, ist wegen seines Umgangs mit Missbrauchsfällen in die Kritik geraten. Er habe sich "zu sehr auf den Ruf der Kirche statt auf das Wohl der Kinder konzentriert", zitieren britische Medien (Freitag) aus einem Bericht der staatlichen Untersuchungskommission zu Kindesmissbrauch (IICSA).

Demnach habe der Erzbischof von Westminster in seiner Amtszeit als Erzbischof von Birmingham (2002-2009) zu wenig unternommen, um angemessen auf das "schockierende Ausmaß" der Missbrauchsfälle in der Diözese zu reagieren.

"Kinder hätten vor Missbrauch geschützt werden können, wenn die Kirche ihren eigenen Ruf nicht um jeden Preis hätte retten wollen", heißt es in dem 65 Seiten umfassenden Bericht, für den der Umgang mit Missbrauchsvorwürfen aus vorangegangenen Jahrzehnten bis zurück in die 1930er Jahre untersucht wurde.

Nichols hatte bei der Befragung durch die Kommission eingeräumt, belastendes Material gegen einen Priester nicht offengelegt zu haben, um eine gütliche Einigung im Rechtsstreit mit dem Opfer nicht zu gefährden. Er entschuldigte sich für sein Verhalten, wies aber Vertuschungsvorwürfe zurück.

Ukraine: Innerorthodoxer Wirbel um Ehrenpatriarch Filaret

Früheres Oberhaupt des Kiewer Patriarchats sorgt mit eigenständig einberufenem Konzil für neuerliche Kirchenspaltung

Kiew, 21.06.2019 (KAP) Filaret (Denisenko), früherer Patriarch des Kiewer Patriarchats und bisher Ehrenpatriarch der vor wenigen Monaten neu gegründeten "Orthodoxen Kirche der Ukraine" (OKU), sorgt für gehörigen innerkirchlichen Wirbel in der Ukraine. Nachdem die Spannungen zwischen ihm und Metropolit Epiphaniy (Dumenko), dem Leiter der OKU, zuletzt immer größer geworden sind, hat auf Einladung Filarets am Donnerstag ein Konzil in Kiew stattgefunden. Zwar nahmen nur zwei ukrainische Bischöfe daran teil. Das hinderte Filaret aber nicht daran, einen Beschluss verabschieden zu lassen, wonach die Entscheidung des ukrainischen Vereinigungskonzils vom 15. Dezember 2018, an dem das Kiewer Patriarchat aufgelöst und die OKU gegründet wurde, zurückgewiesen wurde.

Das Kiewer Patriarchat - mit dem 90-jährigen Filaret an der Spitze - sei nun wieder existent bzw. habe niemals aufgehört zu existieren, heißt es laut ukrainischen Medien in dem Beschluss. Festgehalten wird auch, dass der gesamte Kirchenbesitz des Kiewer Patriarchats nach wie vor diesem und keiner anderen Kirche gehört.

Schon bei der Ankündigung zu seinem Konzil hatte Filaret bekräftigt, hätte er den Inhalt des vom Ökumenischen Patriarchen von Kon-

stantinopel, Bartholomaios I., gewährten Autokephalie-Tomos für die OKU gekannt, hätte er ihn nicht akzeptiert. Denn die Ukraine sei damit lediglich von einer Abhängigkeit von Moskau in jene von Konstantinopel geraten.

Die OKU hat in einem offiziellen Statement gewarnt, Filarets Konzil würde eine Abspaltung bedeuten und seine Teilnehmer würden exkommuniziert. Beobachter wiesen schon seit Monaten darauf hin, dass Filaret mit seiner Position als "Ehrenpatriarch" der OKU unzufrieden ist und nach mehr Einfluss strebt. Als Reaktion auf seine Kritik an der OKU, an Metropolit Epiphaniy und am Autokephalie-Tomos hatte sich der Heilige Synod als Leitungsgremium der OKU klar hinter Epiphaniy gestellt.

In einem offenen Brief baten dieser Tage auch ukrainische Intellektuelle Filaret, von öffentlichen Äußerungen abzusehen, um die Gesellschaft nicht zu verunsichern und den "Feinden der Ukraine" nicht in die Hände zu spielen. Zugleich rief eine andere Gruppe von Wissenschaftlern, Politikern und Kirchenvertretern den Synod der OKU auf, entschlossen gegen die Versuche zur Wiedererrichtung des Kiewer Patriarchats vorzugehen.

Von alldem ließ sich Filaret freilich nicht abhalten. Es dürfte ihn auch nicht sehr gestört haben, dass nur zwei Bischöfe seiner Einladung zum Konzil in der Vladimir-Kathedrale in Kiew nachgekommen waren. Filaret ließ auf dem "Konzil" kurzerhand zwei neue Bischöfe wählen.

Die OKU hat in Reaktion auf Filarets Konzil in einer Stellungnahme betont, dass dessen Konzilsbeschlüsse keinerlei rechtliche Bedeutung hätten. Höchstens habe sich damit eine kleine Gruppierung von der UOK abgespalten. Die auf dem Vereinigungskonzils vom 15. Dezember 2018 verabschiedeten Beschlüsse bzw. auch der von Patriarch Bartholomaios verliehen Tomos seien nach wie vor gültig.

Metropolit Epifanij erklärte die jüngsten Ereignisse mit Differenzen bei der Zukunftsvision für die OKU und der Führungsmethode. Denn er

wolle, dass die OKU künftig auf eine konziliare Weise geleitet werde anstatt von einer Person. Die OKU werde weiterhin in Einklang mit dem Tomos handeln, beteuerte Epifanij. Mit seinem Verhalten wähle Filaret seine Strafe selbst, nämlich die Rückkehr in die Isolation. Fast alle Hierarchen, Geistlichen und Gläubigen wollten in der autokephalen OKU bleiben, so der Metropolit.

Der Ökumenische Patriarch Bartholomaios, der der OKU die Autokephalie verliehen hat, stellte sich laut einem Bericht des "Nachrichtendienstes Östliche Kirchen" klar auf Epifanij's Seite, indem er betonte, die Leitung der OKU liege völlig in dessen Verantwortung. Zudem erklärte er, das Kiewer Patriarchat, das von den anderen orthodoxen Kirchen nicht anerkannt gewesen war, existiere nicht und habe auch nie existiert.

Montenegro: Präsident hofft auf Unabhängigkeit der Landeskirche

Djukanovic erwartet nach dem Vorbild der Ukraine die Gewährung der Autokephalie für die montenegrinisch-orthodoxe Kirche durch den Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios

Podgorica, 21.06.2019 (KAP) Der montenegrinische Präsident Milo Djukanovic erwartet, dass der Ökumenische Patriarch Bartholomaios I. die Unabhängigkeit der montenegrinisch-orthodoxen Kirche anerkennen wird, wie die "Austria Presse Agentur" (APA) am Freitag berichtete. Gegenüber dem regionalen TV-Sender N1 argumentierte Djukanovic demnach seine Erwartungen mit dem Standpunkt, dass die orthodoxe Kirche den historischen Entwicklungen der Staatsorganisation folgen würde.

Montenegro habe 1918 seine staatliche Unabhängigkeit verloren und sei auch ohne selbstständige orthodoxe Kirche geblieben. Im Jahr 2006 habe sich diese Situation verändert, sagte Djukanovic im Hinblick auf die in jenem Jahr wiedererlangte staatliche Unabhängigkeit Montenegros.

Djukanovic hatte kürzlich bei einem Führungstreffen seiner regierenden Demokratischen Partei der Sozialisten (DPS) angekündigt, dass er sich um die Anerkennung der montenegrinischen Kirche durch die Orthodoxie bemühen würde.

Die derzeit von der Weltorthodoxie nicht anerkannte orthodoxe montenegrinische Kirche hatte Anfang der 1990er Jahre ihre Arbeit wieder aufgenommen. Im Adria-Staat ist allerdings weiterhin die serbisch-orthodoxe Kirche dominant.

Sie würde als Beschützer der "Groß-Serbien-Infrastruktur" auftreten, meinte Djukanovic am Mittwochabend unter Hinweis, dass nach Ansicht der serbischen Kirche die staatliche Unabhängigkeit Montenegros wohl ein von Serbien zugelassener Fehler gewesen sei, den die Kirche allmählich korrigieren solle.

Die jetzigen Äußerungen des montenegrinischen Präsidenten sind inhaltlich nichts Neues. Schon zu Jahresbeginn hatte er sich in einem Fernsehinterview für die kirchliche Loslösung seines Landes von Belgrad stark gemacht. Offenbar hat ihn der Autokephalie-Erfolg des früheren ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko dazu ermutigt. Djukanovic versprach den Aufbau einer autokephalen "Montenegrinischen Orthodoxen Kirche" auf soliden Grundlagen.

Autokephalie schon 1766

Die orthodoxe Kirche in Montenegro war bereits einmal unabhängig. Die Autokephalie geht auf das Jahr 1766 zurück, als das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel Montenegro eine selbstständige Metropole zuerkannte. Die Metropoliten im Kloster von Cetinje wurden bald auch zu politischen Landesherren, was in der orthodoxen Welt im Unterschied zum abendländischen Kirchenfeudalismus eine Ausnahme darstellt.

In Montenegro blieben Metropole und Fürstentum durch Personalunion bis 1851 in der Familie Petrovic-Njegos erblich, wobei jeweils auf den Onkel ein Neffe folgte. Mitte des 19. Jahrhunderts wurde in Cetinje das Fürstenamt von jenem des Metropoliten getrennt, der 1912 zum Erzbischof aufstieg. Doch als sich 1918 das neue Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS) - das spätere Jugoslawien - Montenegros bemächtigte, kam auch das Ende der kirchlichen Autokephalie - sie wurde bis dahin auf der Liste der autokephalen orthodoxen Kirchen auf Platz 9 geführt. Erzbischof Mitrofan Ban wurde unter Gewaltandrohung gezwungen, sich einer gesamtserbischen Kirche einzuordnen.

Im Zug der Auflösung Jugoslawiens in den 1990er Jahren kam auch das Streben nach Wiederherstellung der staatlichen und kirchlichen Unabhängigkeit von Montenegro zum Durchbruch. 1993 konstituierte sich aufs Neue die "Montenegrinische Orthodoxe Kirche" mit dem Anspruch auf Autokephalie. Ihr erster nachserbischer Erzbischof-Metropolit Antonije Abramovic machte die Peterskirche von Cetinje zu seinem Sitz, während im alten fürstbischöflichen Kloster bis heute weiter der belgradtreue Metropolit Amfilohije Radovic residiert. Dieser gehört zu den schärfsten Kritikern der Religionspolitik von Präsident Djukanovic.

Staat fördert eigenständige Kirche

Von Seiten des montenegrinischen Staats wird die kirchliche Unabhängigkeitsbewegung schon lange gefördert. Vom Staat wurden der montene-

grinischen Autokephalkirche 50 der 650 serbischen Kirchen und Klöster des Landes überantwortet, 2000 hat sie das Innenministerium in Podgorica offiziell als anerkannte Religionsgemeinschaft registriert.

Aktuell hat das Innenministerium zu Jahresbeginn 50 Weltgeistlichen und Mönchspriestern aus Serbien ihre Aufenthaltsbewilligungen in Montenegro für 2019 nicht mehr verlängert.

Anfang Juni hat die Regierung in Podgorica einem Gesetzesentwurf zu Religions- und Glaubensfreiheit und dem rechtlichen Status von Religionsgemeinschaften zugestimmt, der von der serbisch-orthodoxen Kirche heftig kritisiert wurde und wird. Ein zentraler und umstrittener Aspekt ist die Frage nach den Besitzverhältnissen von Immobilien und Grundstücken. Alle religiösen Gebäude, die vor 1918, als Montenegro Teil des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen wurde, in Staatsbesitz waren und in der Zwischenzeit nicht durch entsprechende rechtliche Schritte in den Besitz einer Glaubensgemeinschaft übergegangen sind, würden demnach als Staatsbesitz betrachtet.

Die serbisch-orthodoxe Kirche befürchtet, dass so ihr Eigentum verstaatlicht werden soll. Schon den ersten Gesetzesentwurf von 2015 hatte sie kritisiert, da dieser vorsah, dass sich alle Glaubensgemeinschaften registrieren müssen und nicht den Namen eines anderen Staats in ihrer Bezeichnung führen dürfen. Dies sei "inakzeptabel" und "diskriminierend" und stelle eine grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Kirche dar, hieß es.

Bolsonaros Kampf um Indigenengebiete geht in neue Runde

Vergabe von Land an indigene Völker wieder dem Landwirtschaftsministerium unterstellt

Brasilia, 21.06.2019 (KAP/KNA) Per Dekret hat Brasiliens rechtspopulistischer Präsident Jair Messias Bolsonaro die Vergabe von Land an indigene Völker wieder dem Landwirtschaftsministerium unterstellt. Das berichteten brasilianische Medien am Freitag. Erst im Mai hatte der Kongress ein ähnliches Dekret Bolsonaros vom Jänner abgelehnt. Indigene Vertreter werfen Bolsonaro vor, die Ureinwohner der Agrarlobby auszuliefern, die das Landwirtschaftsministerium dominiere und die Schutzgebiete verkleinern wolle.

Bolsonaro steht seit jeher den indigenen Schutz-zonen kritisch gegenüber. Im Jänner hatte er als eine seiner ersten Amtshandlungen die Kompetenz zur Landzuteilung an Indigene dem Justizministerium entzogen und dem Landwirtschaftsministerium zugesprochen.

Der Kongress hatte daraufhin im Mai die umstrittene Umstrukturierung rückgängig gemacht. Zudem ordnete er an, die staatliche Indigenenbehörde Funai wieder dem Justizministerium zu unterstellen. Bolsonaro hatte die Funai im Jänner dem Ministerium für Frauen, Familie und Menschenrechte zugeordnet.

Derzeit sind 112 Landvergabeprozesse gestoppt, da Gutachten der Funai fehlen. Zudem fehlt in 42 weiteren Prozessen nur noch die Unterschrift des Präsidenten, um das Land an die Indigenen zu übertragen. Laut der Verfassung von 1988 hätte

die Landvergabe bereits 1993 abgeschlossen werden müssen. Allerdings trifft sie auf Widerstand der Agrarlobby und von Politikern wie Bolsonaro.

KULTUR & MEDIEN

Papst mahnt Jugendliche zum Kampf gegen Cyber-Mobbing

Franziskus unterstützt per Videobotschaft Aktionstag der Stiftung "Scholas Occurrentes" gegen Mobbing im Internet

Vatikanstadt, 21.06.2019 (KAP) Papst Franziskus hat Jugendliche zum Kampf gegen Mobbing im Internet aufgerufen. Wer Cyber-Mobbing betreibt, mache andere klein, um sich selbst größer zu fühlen. Der einzige legitime Grund, einen anderen Menschen von oben herab zu betrachten, sei, ihm aufzuhelfen, sagte der Papst in einer am Freitag vom Vatikan verbreiteten Videobotschaft.

Jeder müsse seine Identität finden, ohne andere herabzusetzen, so Franziskus. Er rief junge Menschen zum Dialog und Einander-Zuhören auf. Daraus entstehe eine starke Gemeinschaft, die auch die eigene Identität entdecken lasse, sagte der Papst.

Anlass seiner Äußerung war ein Aktionstag gegen Cyber-Mobbing von Jugendlichen. Noch bis Samstagmittag führt die päpstliche Stiftung "Scholas Occurrentes" einen Online-Marathon zur Bekämpfung von Belästigungen im Internet durch. Die Aktion wird von mehreren Unternehmen und Institutionen unterstützt, darunter Konzernen wie Google oder Microsoft.

Nach einer in dieser Woche veröffentlichten Umfrage waren 13 Prozent der jungen Österreicher im Alter von 14 bis 29 Jahren bereits selbst Opfer von Aggression im Internet. Mehr als ein Drittel war mit dem Thema bereits im persönlichen Umfeld konfrontiert.

Neuer Abt von Stift Schlägl feiert am Sonntag die ORF-Radiomesse

Sonntagsgottesdienst in den ORF-Regionalradios am 23. Juni um 10 Uhr wird aus der Pfarre Arnreit im Mühlviertel übertragen

Linz, 21.06.2019 (KAP) Die ORF-Regionalradios übertragen am kommenden Sonntag, 23. Juni, um 10 Uhr, den Gottesdienst aus der Pfarre Arnreit im oberösterreichischen Mühlviertel. Mit den Gläubigen feiert der erst am 11. Juni zum neuen Abt von Stift Schlägl gewählte Lukas Dikany. Der 52-jährige Prämonstratenser-Chorherr wirkte in den vergangenen Jahren als Pfarrer von Arnreit und Seelsorger im Landeskrankenhaus Rohrbach.

Musikalisch gestaltet wird die Messe in der dem Heiligen Laurentius geweihten Pfarrkirche vom Kirchenchor Arnreit unter der Leitung von Rupert Azesberger sowie dem Bläserensemble "No-Hoiz". Dabei erklingen Stücke aus dem Deutschen Ordinarium nach Melodien altenglischer Meister für gemischten Chor und Bläser von Willy Trapp, Musik von Gordon Schultz sowie Lieder aus dem Gotteslob. An der Orgel spielt Dietmar Azesberger.

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur & Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Klingen, Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitscha-Eibl, Jenni- fer Mostögl, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83 Fax: +43 (0)1 512 18 86 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at Internet: www.kathpress.at Bankverbindung: Schelhammer&Schattera Kto.Nr. 10.2343 BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	